

- > Visa
- > Paßentzug | Paßversagung
- > Heiraten | Lebenshilfe
- > Heiraten im Ausland
- > Rechtsberatungen
- > Übersetzungen
- > and more ...

Büro Gattermann
วิชา | หนังสือเดินทาง | สิทธิ



**Uwe Gattermann & Usa Gattermann, 320/4 Mo 10, A. Seka, Buengkhan 38150 - THAILAND -
☎ 0066 - 930817923 📠 0861 - 9005999 88 Mail: GaGa.2500@gmx.de**

Das perfide Spiel mit der „B-Bombe“

Paul R. Ehrlich, Professor für Biologie an der Stanford Universität und ebenso bekannt als Forscher und Autor im Themenbereich Überbevölkerung, brachte 1968 sein bekanntestes Buch „The Population Bomb“ („Die Bevölkerungsbombe“) heraus. Darin prognostizierte er, daß ungefähr zwischen 1970 und 1980 in der Welt Hungersnöte auftreten würden, da die Überbevölkerung die Ressourcen zu stark belaste. Dank grüner Revolution blieb die Überlastung der Ressourcen zwar aus, der eigener Unfähigkeit und mangelnder Eigenverantwortlichkeit derer, die die vielen Kinder bekommen, geschuldete Hunger jedoch nicht. Im Gegenteil: Die enthaltsamen Staaten betreiben dort auf ihre Kosten Entwicklungshilfe und China hat z. B. in Kamerun große Flächen gepachtet, auf denen es Lebensmittel für seine Bevölkerung produziert. Wenn man will oder kann, geht es demnach ohne Hunger und ohne Entwicklungshilfe.

Dennoch will rund die Hälfte derer aus den Entwicklungsländern in einem anderen Land leben, berichtete die „FAZ“ und vergißt hinzuzufügen, daß sie gerne in ein westliches Land zögen, wo die Brathendln an den Bäumen hängen. Statt Familienplanung in ihr Programm zu nehmen oder sie dazu zu zwingen – denn nichts anderes als die Flucht vor den eigenen, selbstproduzierten Geburtenüberschüssen, ist „Fluchtursache“ – plane, so wiederum die „FAZ“, „ein bedeutender Teil der der Befragten ... sogar konkret, in den kommenden fünf Jahren ihre Heimat zu verlassen, um die Heimat Anderer zu besetzen:

„vor allem im Senegal (44 Prozent), in Ghana (42 Prozent) und in Nigeria (38 Prozent). Geringere Quoten ergeben die Befragungen in Südafrika (22 Prozent), Kenia (19 Prozent) und Tansania (22 Prozent). Als Gründe für die wachsende Wanderungsbereitschaft gelten neben politischen Instabilitäten und Konflikten hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und Bevölkerungswachstum. Sie führen dazu, daß sich die Perspektiven für die Menschen in afrikanischen Ländern südlich der Sahara-Zone trotz Wirtschaftswachstum weiter verschlechtert. Von den knapp einer Million Asylsuchenden aus der Region, die in den vergangenen sieben Jahren nach Europa gelangt sind, leben heute rund 420.000 in Europa. Das ist rund ein Zehntel aller Menschen aus Sub-Sahara-Afrika...“¹

In China fuhr man Jahrzehnte verhältnismäßig gut mit der Ein-Kind-Politik, die man ernsthaft auch für die Industriestaaten diskutierte. Dort war man aus nachvollziehbaren Gründen wenig

¹ **Wanderungsbereitschaft wächst dramatisch**, FAZ v. 22.03.2018: „Gut die Hälfte der Menschen südlich der Sahara würden einer Umfrage zufolge gern ihr Land verlassen. Bis zu eine Million wartet in Lybien auf die Fahr nach Europa.“

begeistert von dem Gedanken und führte von interessierter Seite, statt der notwendigen Diskussion ein Ablenkungsmanöver durch. Die Ein-Kind-Politik sei antiliberal, übergriffig und genau genommen eben keine Erfolgsgeschichte. Konservative fanden, daß sie weiterhin fruchtbar sein dürfen sollten, um sich zu mehren und die Institution Familie zu erhalten. Progressive wollten sich das ureigene Recht auf selbstbestimmte Reproduktion nicht absprechen lassen. Alles sehr gute Gründe, die Ein-Kind-Politik abzulehnen. Auch die Gegenseite meint, viele gute Gründe zu haben: Überbevölkerung, Ressourcenverschwendung, Umweltzerstörung und vieles mehr. Der Planet sei begrenzt – auch für unkontrolliertes Wachstum hatte man schon einen Namen: Krebs. Wo die Überbevölkerung tatsächlich stattfindet, darüber will niemand sprechen, man könnte den Gründen ja zu nahe kommen.

1984 zog Hoimar von Ditfurth Bilanz: Seit Jahrzehnten „weltweit jährlich 40 Millionen Hungertote. Ein nur noch in Megatonnen ausdrückbares Produktionsvolumen an menschliches Aas. Solche Größenordnungen haben selbst Hitler und Stalin gemeinsam nicht zuwegegebracht. Das ist die Proportion, um die es sich handelt“.² Es ist keine westliche Größenordnung, sondern die der Dritten Welt. Es war die afrikanische Proportion. Und damit steht fest, wo die Ein-Kind-Politik dringend notwendig ist. Doch um weiter Raum für die Invasoren zu schaffen, sollen die in Einehe lebenden Europäer den fortpflanzungswütigen Bigamisten der Dritten Welt ihre Länder zum Fraß vorwerfen, die schon bald zu solchen überbevölkerten Dreckslöchern verkommen wären, aus denen die Invasoren „flüchten“.

Das verarmte Afrika ist, anders als das halbwegs vermögende Europa, ein reicher Kontinent, der keinerlei Spenden braucht: Reich an Rohstoffen, Bodenschätzen, Energiereserven und, wie alle Länder der Dritten Welt, zu „reich“ an einem Überhang gedanken- und rücksichtslos produzierter junger Männer (*youth bulge*), die ihren Platz in der eigenen Gesellschaft fordern, aber nicht finden! Die Demographie ist neben dem afrikanischen Tribalismus eines der erdrückendsten Probleme Afrikas und für Deutschland wie Europa auch ein existentielles. Es braucht seit 66 Jahren nachprüfbar Geburtenkontrolle, die diesen Namen verdient, man ist aber auf beiden Seiten, der der Geber und der Nehmer, teils unfähig, teils unwillig, die Probleme zu lösen! So sieht afrikanische Realität aus und läßt auch gewisse Rückschlüsse auf intellektuelle Defizite zu:

„Im Januar 2001 starben täglich 1.500 Südafrikaner an Aids, im April waren es bereits 1.800 am Tag‘ ... ‚Aber Aufklärungsposter, Fernsehspots oder das Verteilen von Kondomen reichen nicht aus.‘ Zu wenige Leute würden auf diese Weise erreicht, zu viele beherrschen existentielle Schutztechniken nicht. ‚Ein Familienvater, dem der Kondomgebrauch anhand eines Besenstiels erklärt worden war, hat künftig vor jedem Beischlaf ein Kondom über einen Besenstiel gezogen, ein anderer hat stets die Spitze des Gummis abgeschnitten - damit es nicht abrutscht.‘ Solche Fälle zeigen nach Ansicht des Bischofs von Soweto, daß Sex, Verhütung und der Schutz vor Aids immer noch zu den größten Tabus in Südafrika zählen, nicht zuletzt in Kirchenkreisen...“³

So funktioniert Familienplanung nicht, für funktionierende Beispiel Thailand. Dort brachte man in Erfahrung, daß die Frauen lieber weniger als mehr Kinder hatten und auch dazu bereit waren, lange Wege bis nach Bangkok auf sich zu nehmen. Das Programm im Kern kurz zusammengefaßt:

„Die offizielle Familienplanung arbeitet im Rahmen der Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind. So wird der Aktion nicht nur das Odium einer ‚lebensvernichtenden Maßnahme‘ genommen, es wird im Gegenteil positiv argumentiert: Du wirst wenige, aber gesunde Kin-

² „Die mörderische Konsequenz des Mitleids“, Spiegel v. 13.08.1984, v. Hoimar von Ditfurth

³ Nur eine Schock-Therapie hilft im Kampf gegen Aids, HAZ v. 14.06.2001, S. 2

der haben und gesund bleiben; zu viele Kinder machen arm und krank. Damit ist auch die Kernfrage der ‚Altersversorgung‘ beantwortet, die man immer wieder als Argument für eine Kinderschar ins Feld führte. Denn wenn zwei oder drei Kinder durch bessere Gesundheitsfürsorge mit einiger Sicherheit überleben, bedarf es nicht mehr der zahllosen Schwangerschaften, um dieses Ziel zu erreichen...

Als die Familienpolitik offiziell angenommen war, blieb die einzige Frage, wie man den interessierten Menschen praktische Hilfe geben könnte. Aber sie schien lösbar, weil so großes Interesse auf Seiten der Bevölkerung bestand. Hatte schon die Vorbereitungsphase zwischen 1969 und 1970 gezeigt, daß manche Meinung, die man sich angesichts des Verhaltens in einigen Entwicklungsländern gebildet hatte (religiöse Gründe, d. Verf.), in Thailand nicht zutrafen, so brachte die Eröffnung der Familienplanungsklinik an der Chulalongkorn-Universität in Bangkok eine neue Bestätigung dafür: sie wurde von Interessenten förmlich überlaufen, und die Zahl der an den Programmen teilnehmenden Männer („Akzeptanten“) wuchs täglich und erreichte in sechs Jahren 60.000.“⁴

Der buddhistische Klerus hatte sich aus der Debatte herausgehalten. Während Thailand längst mit der demographischen Frage befaßt war, beschuldigten viele Politiker in der Dritten Welt, je nach Standpunkt, die Länder des Nordens einer „Ausrottungskampagne der CIA und der Weltbank“ oder eines „imperialistisch-zionistischen Komplott zur Schwächung ihrer Nationen“. Auf der 1974 stattfindenden Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Bukarest gaben sie zwar vor, inzwischen dazugelernt und begriffen zu haben, daß der Aufbau eines auch nur bescheidenen Wohlstands solange nicht gelingen könne, als eine rasch wachsende Bevölkerungszahl alle Erfolge zunichte mache. Andere Töne des damaligen Staatspräsidenten von Algerien, Houari Boumdienne, gleichen Jahres vor der Versammlung der Vereinten Nationen, in Verbindung mit den heutigen Ergebnissen, sollten skeptisch und auch mißtrauisch stimmen, der drohte, daß die südliche Hemisphäre die nördliche erobern wolle (vgl. S. 341).

Dem zum Trotz war in den 1970er-Jahren zunehmend die laute Warnungen vor der scheinbar globalen B-Bombe zu hören. So beglückwünschten sich die Delegierten der 2. Bevölkerungskonferenz 1984 in Mexiko, daß die Wachstumsrate seit der Bukarester Weltbevölkerungskonferenz 1974 von 2,0 auf 1,7 Prozent zurückgegangen sei, doch das war nur ein kleiner Zeitgewinn: „Die Weltbevölkerung wird sich nicht mehr in 35, sondern 41 Jahren verdoppelt haben. Denn sie wächst exponential – wie Zins und Zinseszins“, berichtete der „Spiegel“ am 13. August 1984 unter der Tatsachen verzerrenden Überschrift:

„Hört auf, wir sind schon so viele.“

„Schon im Jahr 2000 werden“, berichtete er weiter, „statt heute 4,7 mindestens 6,1 Milliarden Menschen leben, sich sattessen, wohnen und ihr Brot verdienen wollen:

Jede Minute kommen derzeit 234 Babys zur Welt, vor allem in den Entwicklungsländern: 136 von ihnen in Asien, 41 in Afrika, 23 in Lateinamerika, 34 in den Industriestaaten.“

Unterschlagen wird, daß nicht „Wir“, die ohnehin „alternden Bevölkerungen“ schon so viele sind, sondern „Die“, deren Geburtenüberschüssen wir nun weichen sollen, daß der Rückgang der Wachstumsrate in den Industriestaaten und China stattfindet, nicht in den bevölkerungsreichen: „Der Rückgang der Wachstumsrate liegt im wesentlichen an der Enthaltbarkeit der Menschen in den Industriestaaten und der disziplinierten Geburtenplanung von einer Milliarde Chinesen“, berichtete der „Spiegel“ weiter. Auch die Formulierung läßt tief blicken: Obwohl „Wir“ schon so

⁴ **Thailand ohne Tempel**, R. G. Fischer Verlag 1984, v. Wolf Donner, S. 153 ff.

viele sind, geht die Wachstumsrate bei „uns“, in den Industriestaaten, aufgrund von „Enthalt-samkeit“ zurück, dennoch sollen „Wir“ noch enhaltsamer werden, während die Chinesen „diszi-pliniert“ sind (und die „Neger gern schnackeln“). „Wir“ werden durch noch mehr Enthalt-samkeit zur Minderheit im eigenen Land und auf dem Globus sind wir sie längst!

So wird seit Jahrzehnten auf der einen Seite insbesondere die deutsche Geburtenrate mit aller Macht und plumper Täuschung weit hinabgedrückt, in der Dritten Welt dagegen gepusht und ali-mentiert, um später behaupten zu können, aus demographischen Gründen auf Einwanderung derer angewiesen zu sein, die „schon so viele“ sind. Der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg sagte auch klar und deutlich, „die bisherige Familienpolitik ... habe gar nicht das Ziel, die Geburtenrate anzuheben“. ⁵ Flankiert von der weit austeilenden „Kollektivschuld“-Lüge, die sich, glücklicherweise ist das Volk vergeßlich, der Staatsdoktrin zufolge ausschließlich auf Auschwitz beziehen soll, ⁶ läßt sich bequem weiter aus- und fremdes Geld umverteilen: Ohne die „Ausbeutung“ z. B. Afrikas wären „wir“ ja nicht so „reich“.

Daß in der Dritten Welt aus heuchlerischer Achtung vor dem ungeborenen, tatsächlich noch nicht einmal gezeugten Leben die größte Gefahr für die Welt herangezchtet wird, ficht die Inter-Nationalsozialisten nicht weiter an. Mit der „Achtung vor dem (tatsächlich) ungeborenen Leben“ nehmen sie es in Europa, der eigenen Schicksalsgemeinschaft, zwecks deren finaler Ausrottung dagegen nicht so genau: Dort verlangte man, Achtung des Lebens hin, Achtung des Lebens her, Strafflosstellung von Abtreibungen (als Schwangerschafts-„Unterbrechungen“ verkauft), also der Tötung gezeugten, werdenden menschlichen Lebens – noch immer hinter der heuchlerischen Maske Humanität. Da schreit die „Emanzipation“: „Mein Bauch gehört mir!“, weil ich selbstbestimmt leben darf. Und wem gehört der Bauch der Frauen, die Kinder wollen, was ist mit ihrer Selbstbestimmung?

Auf der anderen Seite wird Schwangerschafts*verhütung*, die Verhütung ungewollter Schwangerschaften in der Dritten Welt, als humanitäre „Achtung vor dem (noch gar nicht existierenden) ungeborenen Menschenleben“, als Mord verkauft, die Tötung von Föten im Mutterleib nicht minder „humanitär“ als „Selbstbestimmungsrecht“ der westlichen, weißen Frau – aber nur bei denen, die keine Kinder wollen; das bekommen ernsthaft nur Inter-Nationalsozialisten fertig! Auch mit den Folgen – verhungern statt verhüten – können sie offenkundig gut leben:

„Wenn diese Kinder nicht stürben, wenn sie nicht in den Armen der Mütter verhungerten, die selbst nicht mehr die Kraft haben, ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen, wenn sie etwa überlebten und gar erwachsen würden, um selbst Kinder zu haben, dann wäre die Katastrophe noch weitaus größer. Es mag zynisch klingen, daß ihr vieltausendfacher lautloser Tod die Erde vor einer Situation bewahrt, die alles heutige Sterben bei weitem überträfe. Nur, es ist die logische Konsequenz aus der irrationalen Ungleichung, dem Geburtenüberschuß aus der Dritten Welt durch Geburtenkontrolle nicht vorzubeugen aus der heuchlerischen Achtung vor ungeborenem Leben, das – erst einmal geboren – am Leben nicht erhalten werden kann.“⁷

⁵ **Demographie: Statistiker rechnen mit Rekordtief bei Geburten**, Welt v. 17.05.2010: „Im Jahr 2009 ka-men in Deutschland ersten Schätzungen zufolge weniger Kinder zur Welt als je zuvor. Die Zahl der Gebur-ten sank nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auf etwa 651.000. Damit wären im vergangenen Jahr gut 20.000 Neugeborene weniger auf die Welt gekommen als beim bisherigen Tiefststand im Jahr 2006.“

⁶ In seiner Bundestagsrede vom 9. November 1988 bekannte Bundestagspräsident Philipp Jenninger, daß sich alle politischen Fragen in der Bundesrepublik Deutschland „im vollen Bewußtsein um Auschwitz“ drehten (vgl. S. 91 m. w. N.).

⁷ „**Die mörderische Konsequenz des Mitleids**“, Spiegel v. 13.08.1984, v. Hoimar von Ditfurth

Wer der weiteren Invasion und zugleich der Familienplanung in den eigenen Reihen das Wort redet, erkläre zuvor, wie er die bestehenden und heranwachsenden Probleme bewältigen will. Der Islam in Deutschland ist zu seinem weiteren Wachstum noch nicht einmal auf den fortgesetzten Zuzug angewiesen; allein das schiere Wachstum aus der eigenen Reproduktionsrate heraus, die nach UNO-Angaben um mindestens 2.500 Prozent über der deutschen Bevölkerung liegt und durch Frauenunterdrückung und den islamtypischen, exorbitanten Analphabetismus (50 Prozent im Weltmaßstab) traditionell Stärkung erhält, macht jede Diskussion über weitere Einwanderung überflüssig. Wer sie dennoch führen will, will die Verdrängung der Eingeborenen!

Womit die Bevölkerungsbombe jedoch nicht entschärft, sondern von der südlichen in die nördliche Hemisphäre verlagert worden wäre!

Den geburtenstarken Nachkriegsjahrgängen folgte in Westdeutschland Mitte der 70er und der ersten Hälfte der 80er Jahre ein gewisser Bevölkerungsrückgang, danach stieg die Zahl der Bevölkerung einwanderungsbedingt wieder an (konkret: Geburtenüberschüsse der Dritten Welt wurden „ausgelagert“). Von Ende 1985 bis Ende 2000 wuchs sie um 4,599 Mio. an (im Osten z. B. hatte sie weiter abgenommen). Der Zuwachs für das wiedervereinigte Deutschland innerhalb von 15 Jahren (der vor allem in den Jahren um 1990 [Stichwort Fall des Eisernen Vorhangs und „Asyl“ aus Afrika, 1993 Asylrechtsverschärfung]) entsprach etwa der Gesamtbevölkerung Norwegens, im früheren Bundesgebiet einschließlich West-Berlin betrug er sogar 6,120 Mio. oder 10 Prozent in 15 Jahren, was etwa der Bevölkerung Israels entspricht.

Aber – Thema Ein-Kind-Politik – vom gesamtdeutschen Bevölkerungszuwachs zwischen 1985 und 2000 in Höhe von rund 4,6 Mio. gingen ca. 60 Prozent auf den ausländischen Anteil der Bevölkerung, der in dieser Zeit laut offiziellen (zumind. teilweise manipulierten) Zahlen von grob 4,5 (BRD 1985: 4,379 Mio., Ex-DDR 1989: 0,191 Mio.) auf 7,3 Mio. Personen angewachsen war. Daß der deutsche Bevölkerungsanteil dennoch zugenommen hatte, ging ausschließlich auf Einwanderung zurück (Aussiedler pp.).

Oswald Spengler schrieb 1917 in seinem Buch „Der Untergang des Abendlandes“ im Rückblick auf den Niedergang der griechischen und römischen Hochkultur:

„Der letzte Mensch der Weltstädte will nicht mehr leben Die große Wendung tritt ein, sobald es im alltäglichen Denken einer hochkultivierten Bevölkerung für das Vorhandensein von Kindern ‚Gründe‘ gibt. ... Statt der Kinder haben sie seelische Konflikte, die Ehe ist eine kunstgewerbliche Aufgabe. ... Auf dieser Stufe beginnt in allen Zivilisationen ... das Stadium einer entsetzlichen Entvölkerung. Das kulturfähige Menschentum wird von der Spitze her abgebaut, zuerst die Weltstädte, dann die Provinzstädte, endlich das Land, das durch die über alles Maß anwachsende Landflucht seiner besten Bevölkerung eine Zeitlang das Leerwerden der Städte verzögert.“

Vor dem Hintergrund sind alle folgenden „familienplanerischen“ Maßnahmen zu sehen, nur mit der Einschränkung, daß sich die Dezimierung auf das „kulturfähige Menschentum“ beschränkt und so weiterhin Platz für den demographischen Austausch geschaffen wird. Schon in der Bibel steht zur babylonischen Sprachverwirrung: Du mußt nur die Sprachen der Menschen verwirren, dann kannst du sie beherrschen. Bereits heute wird uns das, was geschieht, als natürlicher Verfallsprozeß (die Deutschen bekommen zu wenig Kinder) erklärt, hinzu kommt die „Migrationswaffe“ – Menschen als Waffen!

Schleifung der Familie

Nach der Gemeinschaft als Volk („Schicksalsgemeinschaft“) soll mit der Einführung des Genderwahns auch deren Keimzelle, die Familie, ⁸ die eingeborene Familie, geschliffen werden. Radikal wird die Axt schon an den Wurzeln angesetzt. So läßt sich das nun vereinzelt Individuum besser vom „Nanny“-Staat vereinnahmen und „instrumentalisieren“. Hier folgt der Merkelismus nicht dem Hitlerismus, sondern dem Stalinismus (dem Klassenkampf, worin sie „sozialisiert“ wurde). Transportiert wird diese ideologische Gleichschaltung wie gewohnt per Nebelsprech und Verführung („mitnehmen“) über die Alt- und Blockparteien sowie ihre Gebühren-Gouvernanten und Mainstreammedien.

Unsere Jahrgänge erlebten noch, wie Mädchen und Frauen mit ihren Reizen nicht geizten. Dieser stinknormale Vorgang dient der menschlichen Fortpflanzung, auf Staaten bezogen dem Erhalt des heute auf Rentenzahler reduzierten Staatsvolkes. Recht gut erinnere ich mich noch an die Worte der Mutter einer Freundin, wenn ich besorgt auf die Uhr sah, weil uns die Zeit weg-lief: „Die Marion putzt sich noch heraus.“ Dieses beziehungspflegerische (bzw. bildende) „Herausputzen“ fällt heute unter „Sexismus“.

Ort des Geschehens, eine Londoner Dachterrasse am 22. Februar 2018. Grund des Auftritts, die Vostellung des neuen Films „Red Sparrow“, Anlaß des Sturms im Wasserglas die Kleidung der Schauspielerin Jennifer Lawrence. Während ihre männlichen Kollegen witterungsbeding in Anzügen, Mantel und Schal auftraten, hatte sich Lawrence in einem schwarzen Versace-Kleid „mit tiefen Ausschnitten an Dekolleté und Bein“ herausgeputzt. „Für viele Journalisten und Fans war das ein Aufreger. Sie wollten darin eine Diskriminierung der amerikanischen Schauspielerin erkennen.“

„Die ‚arme Jennifer‘ müsse ein bißchen Stoff tragen, twitterte eine Nutzerin. Die britische Journalistin Helen Lewis nannte das Foto in einem Tweet ‚deprimierend‘ und ‚entlarvend‘. Jennifer Lawrence reagierte empört auf die Kritik. ‚Das ist nicht nur lächerlich, ich bin extrem beleidigt‘“, schrieb die auf Facebook. „Ich liebe Mode, und es war meine Entscheidung. Glaubt ihr, ich verdecke dieses großartige Kleid mit einem Mantel und Schal?“ Sie entscheide immer selbst, was sie anziehe. „Und wenn ich frieren will, ist das auch meine Wahl!“ ⁹ Gemeint war, wer durchschaut das billige Spiel nicht, weniger das Kleid, als die Ästhetik, Aus- und Einblicke, die die Bilder gewährten.

Das bestätigte sich wenige Wochen später einmal mehr in einer Ausstellung von Bildern des Heikendorfer Malers Kai Piepgras im örtlichen Rathaus. Dort sollten im März 2018 „sexistische“ Bilder verhüllt werden. Auf seinen Gemälden, die Piepgras „Hommage an die Schönheit der Weiblichkeit“ nennt, sind oft Frauen in Rückansicht, in Gewänder gehüllt, zu sehen, die ein wenig Haut durchblitzen lassen. Wie jenes Kleid der Schauspielerin. Andere, den Typus kennen wir sattfam – links, oft fett, manchmal spindeldürre, kurzhaarig, verbiestert, meist ein ganzer halber Kerl und, im Vokabular der „ZDF heute-show“ vom 10. März 2018, „untervögelt“ – nennen es „Sexismus“ – einigen wir uns auf Neid.

⁸ **Beziehungstrends: Die Deutschen verlieren die Lust am Heiraten**, Welt v. 04.04.2010, v. Dorothea Siems: *Es steht nicht gut um die deutsche Ehe. Die Zahl der Scheidungen steigt stetig und wie eine neue Untersuchung zeigt, haben immer weniger junge Leute Lust, überhaupt erst zu heiraten. Besonders in den großen Städten wird das Single-Dasein zur Norm. Bei den Beziehungen geht der Trend zum getrennten Zusammenleben.*

⁹ **Jennifer Lawrence: „Das ist meine Entscheidung“**, FAZ v. 22.02.2018

Aus diesem schlichten Grunde sollte die „Hommage an die Schönheit der Weiblichkeit“ bei Ratssitzungen nur noch verhüllt gezeigt werden. Eine 64-jährige SPD-Gemeindevertreterin, deren Namen wir uns hier ebenso schenken wie sie sich Bilder von ihr im Netz, meinte: „Als Frau stoßen mich diese Bilder ab. Die Motivlage mit Frauen, die portionsweise abgebildet werden, ist für einen Ratssaal nicht passend.“¹⁰ Also verlangte der Bürgermeister das, was auf deutschen Straßen heute üblich ist: Verhüllung. Der kopfschüttelnde Maler: „Absurd“. Zurecht fühlte er sich durch dieses absurdistanische „Proviztheater“ in seiner Künstlerehre angegriffen.

Christian Buß z. B. will seiner Leserschaft im „*Spiegel*“ klarmachen, daß es sich beim „Tatort“ am 21. Mai 2017, „Die Liebe, ein seltsames Spiel“,¹¹ um den zukunftsweisenden Fall von „Polyamorie“ handelt („pikant, provokant, prima“); „wie viele Menschen können wir lieben, ohne daß es problematisch wird?“, fragt er, hat aber das Wesentliche nicht begriffen oder unterschlägt es schlicht: Die Polyamorie setzt Wissen und Einverständnis aller Beteiligten voraus (fragen Sie mal die 68er), derweil im Münchner „Tatort“ ein schon ziemlich verwitertes Mannsbild mehrere Frauen gleichzeitig hat, die laut Auskunft der ARD „über eine lange Zeit offenbar nichts voneinander gewußt haben“: Polyamorie ist der nächste Maulwurf, bürgerliche Strukturen aufzulösen, als „unmodern“ bzw. „altmodisch“ madig zu machen: Es lebe die Kommune!

Das neue „*FAZ-Quarterly*“ widmete gleich im ersten Heft fünf-sechs Seiten allein diesem lebenswichtigen Thema: „Warum eigentlich immer Paarbeziehungen?“, fragte Carola Wiedemann dort, warum keine „offenen“ Beziehungen wie die von Patrick, 27, und Tina, 27, die nur zusammen wohnen:

„Patrick liebt Tina, hat aber keinen Sex mit ihr. Den hat er mit wechselnden Partnern und mit Jörg, 49, mit dem er seit fünf Jahren zusammen ist.“

Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich. Patrick „liebt“ die gleichaltrige Tina, wohnt mit ihr deswegen zusammen (räumliche Nähe, gemeinsames Nest), hat aber – folgenlosen – Sex mit dem deutlich älteren Jörg, „mit dem er seit fünf Jahren zusammen ist“ und weiteren „wechselnden Partnern“ – nur mit Tina, die er doch angeblich „liebt“, einer Frau, hat er keinen Sex, dafür ein leeres Nest?! Sozialistische „Logik“. Was hier als „Liebe“ verkauft wird, nennt sich rechtlich „Bedarfgemeinschaft“.

„Polyamoristen“ gab es übrigens schon früher, man nannte sie nur Lebemann oder auch 68er.

So soll unter dem Deckmantel der „Vielfalt“ (eher Einfalt), der Familienplanung (wozu auch Verhütung gehört), nun die individuelle Beziehung aufgelöst, geschützter, folgenloser, vorzugsweise „gleichgeschlechtlicher“ Sex und Hopp als Gesellschaftsform etabliert werden. Auch so kann man ein Volk ausrotten und, wenn denn schon ins eigene Land einfallende Ausländer sich rundum ali-mentiert vermehren, mit dem eigenen Volk vermischen bzw. es durch fremde Völker ersetzen.

Allein dem dient auch das „Gender Mainstreaming“. Vordergründig diene es vor allem den Interessen der Frauen. Seit 2006 verfolgen Merkel-Regierungen mehrere Projekte von „Gleichstellung“ und „Gleichbehandlung“. Die insbesondere von der damaligen Familienministerin von der Leyen (CDU) durchgesetzte Gleichstellungspolitik verfolgt mehrere Ziele. In den Vordergrund wurde das angeblich von vielen jungen Eltern, zumal Müttern, als drängend empfundene

¹⁰ **Bilder von Kai Piepgras in Heikendorfer Rathaus werden verhüllt**, GENT SIDE v. 09.03.2018

¹¹ Aus dem Begleittext der ARD: „Den Kommissaren entblättert sich rund um Jacobi ein kompliziertes Geflecht von Liebesbeziehungen zu einer ganzen Reihe von Frauen, die über eine lange Zeit offenbar nichts voneinander wußten.“

Problem der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ gestellt. Doch der eigentliche, aber selten offengelegte Zeck dieser Politik ist die Frauenquote. Durch die Gleichstellung von Mann und Frau soll Vollbeschäftigung beider verwirklicht werden – Familie idee.

Auch von der sogenannten Gleichbehandlungspolitik sollte man meinen, sie gehöre allgemein zur Bürgerrechtspolitik. Aber die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU, die das Gleichbehandlungsgesetz um mehrere Merkmale, insbesondere das der „sexuellen Orientierung“, wesentlich erweitert, wurde in deutsches Recht überführt und stammt aus dem Brüsseler Kommissariat für Beschäftigung und Soziales. Das Brüsseler Kommissariat verantwortet die Definition von Gleichstellung als Vollbeschäftigung, die ideologischen Grundlagen dieser Definition und zur Einpreisung und Durchsetzung dieser Politik in ganz Europa.

Obwohl das Verfahren ihren ureigenen Interessen zu dienen vorgibt, kennt es kaum eine Frau in Deutschland: „Gender Mainstreaming“. Diesen Begriff ins Deutsche zu übersetzen, fällt schwer. Zumindest findet man in zahlreichen Publikationen darüber nicht einen Übersetzungsversuch, auch nicht auf der Homepage des Bundesfamilienministeriums. Das unterhält seit Oktober 2003 unter dem Dach des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Berliner Humboldt-Universität ein sogenanntes „GenderKompetenz-Zentrum“; selbst das bietet keine Übersetzung für „Gender-Mainstreaming“. Die Unverständlichkeit ist demnach gewollt, denn die treffendste Übersetzung wäre „Politische Geschlechtsumwandlung“. Das ist aus nachvollziehbaren Gründen keine mehrheitsfähige Forderung.

Der Begriff „Gender“ stammt aus der Sexualpsychologie und entsprang dem Bemühen, sprachlich mit Transsexualität umzugehen: mit der Selbstwahrnehmung mancher Menschen, im falschen Körper zu stecken. Daraus entwickelte man die Vorstellung eines vom biologischen Geschlecht (im Englischen: sex) abgelösten emotionalen Geschlechts (gender). Dieses Konstrukt wurde von der Schwulenbewegung übernommen, Gender zum Sammelbegriff für das „soziale Geschlecht“ weiterentwickelt, das den Menschen ihre „Zwangssexualität“ zuweise. Geschlecht ist demnach sowohl eine ideologische Hypothese als auch eine gesellschaftliche Konstruktion. Hauptsächlich bearbeitet und erweitert wurde die Theorie von Feministinnen.

Öffentlich verbrämt wird der Zusammenhang von Feminismus und Lesbenbewegung, obwohl er nachgerade zwingend ist. Denn während schwule Männer auch ohne Frau und Kinder in der „patriarchalischen“ Gesellschaft erfolgreich sein konnten, bot sich diese Möglichkeit für lesbische Frauen kaum. Vielmehr drohte ihnen die Abwertung als „alte Jungfer“, berufliche Bildung, Aufstieg und Anerkennung waren für sie schwerer zu verwirklichen als für den alleinstehenden Mann. Der Zusammenhang zwischen Frauen- und Lesbenbewegung, der in der Politik der GroKo als Gleichstellungs- und Gleichbehandlungspolitik aufschien, ist somit durchweg biographischer Natur.

Da die Interessen von Lesben gerade in der bedeutsamen Frage von Ehe und Familie mit denen anderer Frauen keineswegs übereinstimmen, darf der Zusammenhang nicht offenbart werden. Schon in den 70er-Jahren erwies es sich, daß ein offen lesbischer Feminismus in der damaligen Frauenbewegung keine Durchschlagskraft entwickeln konnte, so z. B. bei der Zeitschrift „*Courage*“. Die zurückhaltende „*Emma*“ dagegen hat bis heute überlebt. Niemand kann ihrer Herausgeberin Alice Schwarzer absprechen, eine begnadete Lobbyistin zu sein – wahrscheinlich Deutschlands erfolgreichste.

Beide verschleiern den geschilderten Zusammenhang im Laufe der Zeit zwar mehr als abnehmend, doch in Wendungen wie „Radikalität und Zärtlichkeit“ läßt er sich zumindest erahnen. Gelegentlich hat auch Schwarzer daran erinnert, daß Initialzündung zur Gründung von „*Emma*“ der Itzehoher Strafprozeß (1973/74) gegen die beiden Lesben Judy Anderson und Ma-

tion Ihns gewesen ist, die Ihns Ehemann ermorden ließen: Das sei ein wahrer Hexenprozeß gewesen, „der in dieser Phase der ‚neuen Zärtlichkeit‘ abrechnete mit der Frauenliebe“. Ebenso hieß es schon damals auf Flugblättern protestierender Frauengruppen sowie in einem von Alice Schwarzer 1974 für „*konkret*“ verfaßten Artikel.

„Neue Zärtlichkeit“ war Schwarzers damaliger Schlüsselbegriff für weibliche Homosexualität. Erklärtermaßen kämpfte sie gegen ein „Männermonopol auf Frauenliebe und –sexualität“ und teilte die in diesen Kreisen verbreitete Auffassung, daß „praktisch jede Frau“, wie etwa Barbara Schleich im „*Vorwärts*“ behauptete, „von Natur aus bisexuell ist und daß allein der Rollendruck mit der damit verbundenen Fixierung auf den Mann bei den meisten Frauen homoerotische Neigungen verschüttet“. Schrieb Schwarzer also seinerzeit von „Erpressung und Drill auf den Mann“, wußten Lesben, was gemeint war – allerdings konnte man das wie ihren misandrischen Bestseller „*Der kleine Unterschied*“ natürlich auch anders deuten, im allgemeineren Sinne feministisch. Zu jener Zeit beschrieb Schwarzer Hausfrauen und Mütter noch als „Sklavinnen“. In einem Interview bezeichnete sie Hausfrauen als „Sklavinnen“ und Gefangene eines „feudalistischen Systems“. Ihr von der Kenntnis mittelalterlicher Verhältnisse ungetrübter Gebrauch des Wortes „Feudalismus“ weist auf eine andere Wurzel des heutigen Feminismus, nämlich in der radikalen Linken. Nur wer all das bedenkt, kann Schwarzers Begeisterung darüber auskosten, daß „die konservative Familienministerin die rot-grüne Familienpolitik nicht nur fortsetzt, sondern weitertreibt“.

„Sklavinnen“ sind Gewaltopfer, Opfer sexualisierter Gewalt. Und die sei, so die Feministinnen, der Machtmißbrauch während des Geschlechtsaktes, Gewalt, die eben mit Mitteln der Sexualität ausgeübt wird. Sex als Waffe – aber nur im Verhältnis zwischen weißen Männern und mit Frauen, niemals bei „Gleichgeschlechtlichen“ oder nichtweißen Männern.

Gib mir Sex und du bekommst, was du willst, ein Deal so alt wie die Menschheit. Ein Deal, den Frauen und Männer immer wieder eingehen. Und so wollten die Feministinnen sogar die klassische Ehe unter genau diesem Stern sehen, Frauen, die sich für Kost und Logis hergeben, kaufen lassen. Nutten. Das Tauschgeschäft Sex gegen Versorgung eingehen, in dem sich Frauen von Männern zu Hausarbeiten erniedrigen lassen und dem (weißen) Patriarchen hinterherräumen, der seine Macht mit dem Scheckheft sichert, während er sein Weibchen vom Arbeitsmarkt fern hält.

Bei flüchtiger Lektüre der Internetseite des Familienministeriums über Gender Mainstreaming gewinnt man den Eindruck, es gehe darum, Frauen wie Männer gleichermaßen zur Durchsetzung ihrer Wünsche verhelfen. Geht man ein wenig weiter, wird man damit vertraut gemacht, daß der Begriff „Gender“ sowohl „gesellschaftlich als auch sozial und kulturell geprägte Geschlechtsrollen“ bezeichne, die als „veränderbar“ charakterisiert werden.

Daß sie verändert werden sollen, schwingt mit, wird aber zunächst nicht gesagt. Der Sinn bleibt im Dunkel, denn die Reihung der Adjektive ist abstrus: „gesellschaftlich“ und „sozial“ bedeutet nicht dasselbe, während „kulturell“ und „sozial“ gegeneinander nicht abgegrenzt werden kann. Einschlägige Gender-Texte verwenden das Wort „traditionell“ – gemeint sind offenbar herkömmliche oder überkommene Vorstellungen vom Geschlecht.

Schließlich erfährt man, daß vom Familienministerium aus „Gender Mainstreaming“ als sogenannte „geschlechtersensible Sichtweise“ ressortübergreifend in die Arbeit der Bundesregierung „implementiert“, also eingespeist, worden ist. Dabei ist das bereits erwähnte „GenderKompetenz-Zentrum“ behilflich. Auch auf dessen öffentlicher Selbstdarstellung ist es unmöglich, einen Begriff davon zu bekommen, was „Gender Mainstreaming“ tatsächlich bedeuten soll, wie man es übersetzen könnte. Erst wer tiefer hinabtaucht, stößt auf Material zur feministischen Theorie

und „aktuelle Erkenntnisse der Geschlechterforschung zum Beispiel zu Männlichkeit, Weiblichkeit und Intersexualität“.

Die intellektuellen Leitfiguren dieser Forschung sind der 1984 an Aids verstorbene französische Philosoph Michel Foucault sowie die in Berkeley lehrende Amerikanerin Judith Butler. Foucaults Aneignung durch den Feminismus wurde gelegentlich bemerkt, doch in erster Linie handelt es sich dabei um die Übernahme der Körper- und Identitätstheorien homosexueller Männer durch homosexuelle Frauen. Judith Butler ist auch dabei maßgeblich, denn spätestens seit Beginn der 90er Jahre entwickelte sie sich zu einer Meisterdenkerin des Gender-Begriffs und dessen Fortentwicklung in der „Queer-Theorie“. Die wird treffender als „inclusive umbrella label for all gendernauts and sexual outlaws, a cover-all term for lesbians, bisexuals, gays and transgendered people“ beschrieben: als gemeinsamer Schirm für alle „Gendernauten“ und sexuell Gesetzlosen, als Dach für Lesben, Bisexuelle, Schwule und „Hinübergeschlechtliche“, wie „transgendered people“ in der Szene scherzhaft übersetzt wird – dort sind Begriffe wie „Transvestit“ und „Transsexueller“ verpönt.

Womit man endlich beim theoretischen Kern des „Gender“-Begriffs ankommt. Der meint nämlich keineswegs die Existenz sozialer Geschlechterrollen und deren Merkmale: ergo eine Banalität, woran feministische Klassikerinnen wie Betty Friedan noch anknüpften. In letzter Konsequenz behauptet „Gender“, daß es kein biologisches Geschlecht gebe, die Einteilung Neugeborener in Jungen und Mädchen vielmehr willkürlich erfolge, ebenso könne man sie auch nach ganz anderen Gesichtspunkten unterscheiden, wie etwa in Große und Kleine. Folglich liege bereits in der Annahme der Existenz eines Geschlechts letztlich eine gewaltsame Zuweisung von Identität: die „heterosexuelle Matrix“.

Diese bestenfalls philosophische Hypothese widerspricht sowohl der ursprünglichsten Wahrnehmung und Empfindung der meisten Menschen, sowie den Religionen und naturwissenschaftlicher Forschung. Bereits ihre sprachliche Anwendung führt zu bizarren, in sich widersprüchlichen Ergebnissen. Wenn bei Luther noch „ein Weib empfängt und gebiert ein Knäblein“, so macht Dorothea Erbele-Küster, die nach Gender-Maßgaben die Bibel in „gerechte Sprache“ umschreibt, eine Frau, die „Samen hervorbringt und einen männlichen Nachkommen gebiert“ (immerhin männlich!).

Solcherlei Elaborate und Ideen verleiten dazu, die dahinterstehenden Personen mit Bedürfnissen und Absichten nicht ernst zu nehmen. So entwickeln Verachtung und Verbrämung eine Wechselwirkung, so verschwinden Ziele und Methoden des Gender Mainstreaming im ebenfalls mißachteten „Gedöns“ (Gerhard Schröder) der Frauen- und Familienpolitik hinter einer doppelten Nebelwand. Zielstrebigkeit auf der einen, Ignoranz auf der anderen Seite konstruieren eine „hidden agenda“. Doch was sind Ziele und Methoden? Das Ziel greift hoch hinaus: Es will nicht weniger als den neuen Menschen schaffen, und zwar durch die Zerstörung der „traditionellen Geschlechterrollen“. Schon aus diesem Grunde muß das als Zwangsbegriff verpönte „Geschlecht“ durch „Gender“ ersetzt werden. Und tunlichst schon in der Krippenerziehung soll mit dieser geistigen Geschlechtsumwandlung begonnen werden.

Historisch ist der neue Mensch schon mehrfach als Ziel ausgegeben worden: Selbst die damit zusammenhängende Methode ist aus der Geschichte bekannt: Das sogenannte Kaderprinzip, zunächst für die Führung der Napoleonischen Wehrpflichtsarmee erdacht und von den Bolschewiken nach dem Sturz des Zaren zum sozialrevolutionären Herrschafts- und Steuerungsinstrument weiterentwickelt. Diese Kaderpolitik will auf allen staatlichen Ebenen von oben nach unten alle Entscheidungen ihren Maximen unterwerfen. Sämtliche Institutionen werden von linientreuen Kadern durchdrungen, die überall das Prinzip der „Parteilichkeit“ anwenden. Der Feminismus nennt das beispielsweise „parteiliche Mädchenarbeit“. So wird Gender Mainstreaming

von der Spitze beliebiger Organisationen her als sogenanntes „Top-down“-Prinzip durchgesetzt, soll auf allen Ebenen und bei allen Entscheidungen durchgesetzt werden. So schulen etwa Gender-Mainstreaming-Agenturen Beamte in der Anwendung der Gender-Perspektive. „Damit gibt es“, wie Dr. Barbara Stiegler von der Friedrich-Ebert Stiftung erläutert, „keine Person in einer Organisation, die sich diesem Prinzip nicht verpflichtet fühlen muß.“

Eine solche Organisation ist zum Beispiel die Bundesregierung. Sie hat sich unter Bundeskanzler Schröder auf das Gender Mainstreaming verpflichtet. Im Jahr 2000, inmitten ihrer ersten Wahlperiode, ersetzte die rot-grüne Regierung die „Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien“ durch eine vollkommen neue. In deren ersten Kapitel „Allgemeines“ stehen nur zwei Paragraphen. Der erste bestimmt den Geltungsbereich, der zweite die „Gleichstellung von Frauen und Männern“ als „durchgängiges Leitprinzip“ nach der Methode des „Gender Mainstreaming“.

Davon war weder in der umfangreichen Veröffentlichung des Kabinettsbeschlusses über die „Leitbilder“ der Bundesregierung zur Modernisierung von Staat und Verwaltung vom 1. Dezember 1999 noch in der Ankündigung der neuen Geschäftsordnung (federführend Brigitte Zypries, damals Staatssekretärin im Innenministerium) die Rede. Erst mit dem endgültigen Kabinettsbeschluß vom 26. Juli 2000 bekundete die damalige Frauenministerin Christine Bergmann (SPD) öffentlich:

„Ich freue mich, daß in der neuen Geschäftsordnung das ‚Gender-Mainstreaming‘-Prinzip verankert wurde.“

Ausgegangen war die Initiative vom Familienministerium. Ein Aufsatz, den Brigitte Zypries der neuen Geschäftsordnung in der „Zeitschrift für Gesetzgebung“ widmete, wies dem Gender Mainstreaming indes nur nachrangige Bedeutung zu.

Im rot-grünen Koalitionsvertrag war Gender Mainstreaming noch nicht einmal enthalten, selbst in die Wahlprogramme wurde es erst 2002, also nach seiner Einführung, aufgenommen. So wurde eine durchgreifende politische Maxime, die dem bereits vorhandenen Gleichstellungsartikel 3 GG eine andere Bedeutung unterschiebt, wie so vieles, ohne jede öffentliche Debatte eingeführt. Da es sich „nur“ um die Geschäftsordnung der Regierung handelte, gab es selbstverständlich auch keinen Parlamentsbeschluß. Seither taucht die Verpflichtung der Politik auf Gender Mainstreaming in Parteiprogrammen – noch nicht denen der Union – und Koalitionsverträgen auf: Auch in dem der GroKo, nun also mit Zustimmung der Merkel-CDU, die mit dem Familienministerium seither die Schaltzentrale des Gender Mainstreaming übernommen hat und es nun rücksichtslos von den Kinderkrippen über Schulen und Universitäten „implementiert“.

So wurde der meist als schlichte Gleichstellungspolitik verkaufte Begriff öffentlich gemacht, teilweise sogar als Erweiterung der Gleichstellung zugunsten der Männer, beispielsweise beim Strahlenschutz. Tatsächlich ist das Konzept eine Antwort des Feminismus der frühen 90er Jahre auf die dort als weithin gescheitert dargestellte Gleichstellungspolitik durch Frauenbeauftragte, Quoten und sogenannte frauen- und Mädchenspezifische Maßnahmen wie etwa die von Alice Schwarzer und ihrer „Emma“ propagierten „Girls Day“. Gender Mainstreaming soll diese Formen parteilicher Frauenpolitik aber nicht etwa abschaffen, sondern in eine Doppelstrategie einfügen. Der (weiße) Mann soll abgeschafft und durch die (weiße) Frau ersetzt werden (Matriarchat, wie man an den wachsenden Hosenanzugs-Brigaden erkennt).

In Sachsen plante der Linke-Fraktionschef André Hahn Anfang 2010 ein „Sächsisches Kompetenzzentrum für Gendermainstreaming“:

„Das neue Institut soll darüber wachen, daß Männer sich nicht mehr wie Männer benehmen.“¹²

Auch Frauen soll ihr „altes Rollenbild“ abgewöhnt werden.¹³ „Begründet“ wird das durch Heiderose Gläß (Linke) damit, daß, „so lange der Sächsische Verdienstorden an 20 Männer und nur eine Frau verliehen wird, (...) Handlungsbedarf“ bestehe.

Bei Wissenschaftlern (nicht Geschwätz-, „Wissenschaftlern“) ist Gender Mainstreaming umstritten. Die Soziologin Gabriele Kuby weist darauf hin, daß sie keinerlei wesenhafte oder angeborene Unterschiede zwischen Mann und Frau anerkennt und die Ergebnisse von Hirnforschung, Medizin, Psychologie und Soziologie ignoriert und unterdrückt:

„In manchen Kindergärten würden Jungs schon gedrängt, mit Kosmetikkoffern statt mit Bauklötzen zu spielen. Mädchen lernten rumbrüllen und ‚Wehrhaftigkeit‘.“¹⁴

Maßgebliches gesellschaftliches Ziel des Gender Mainstreaming bleibt nach wie vor Alice Schwarzers angestrebte Abschaffung der Hausfrau und Mutter („Sklavinnen“ und Gefangene eines „feudalistischen Systems“), deren Doppelaufgabe sich mit einer zusätzlichen Vollzeitberufstätigkeit kaum vereinbaren läßt. Dieses mit der traditionellen Familie untrennbar verknüpfte Rollenbild ist aber ein urgewaltiger Topos in Kunst, Literatur und Religion, der im Innersten der meisten Menschen beim Gedanken an die Mutter wiederhallt. Die EUdSSR bringt ihre Idee von der Frau in ihrer Lissabon-Strategie auf folgende Formel:

Danach bleiben die „human resources“ von Frauen, die nicht lohnabhängig vollbeschäftigt sind, schlicht und einfach ungenutzt.“

Die „Bauernkommunisten“ (Stalin) gehen auch hier einen Schritt weiter als Marx, der nur den männlichen Proletarier im Blick hatte. Die merkelschen Bauernkommunisten reduzieren ihren Blick auf das „bio-deutsche“ Proletariat.

„Man muß vergessen, daß Mühe für die Eltern Mühe ist.“¹⁵

Noch regelt das Grundgesetz (Art. 6) klipp und klar, was „Familie“ im rechtlichen Sinne ist:

„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

Bei Art. 6 GG handelt es sich um eine Bestimmung im Sinne der klassischen Grundrechte, die angesichts der Erfahrungen in der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft dem Schutz der spezifischen Privatsphäre von Ehe und Familie vor äußerem Zwang durch den Staat dienen soll. In Abkehr von der Allstaatlichkeit des Nationalsozialismus und im Gegensatz zum aktuell herrschenden Inter-Nationalsozialismus, bekennt sich das Grundgesetz für den ehelichen und familiären Lebensbereich zur Eigenständigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Menschen.¹⁶

¹² **Irre: Sächsische Linke wollen „echte Männer“ abschaffen**, Bild Online v. 12.01.2010, v. A. Harlass

¹³ **Irre: Sächsische Linke wollen „echte Männer“ abschaffen**, Bild Online v. 12.01.2010, v. A. Harlass

¹⁴ **Irre: Sächsische Linke wollen „echte Männer“ abschaffen**, Bild Online v. 12.01.2010, v. A. Harlass

¹⁵ Sophokles, Dichter der griechischen Klassik, 497 – 406 v. Chr.

¹⁶ BVerfGE 6, 71; 24, 119 ff.

Der Staat, der sich heraushalten soll, greift gegenwärtig vermittels Gender Mainstreaming in die Sphäre privater Lebensgestaltung massiv ein, entzieht den Familien Eigenständigkeit und Selbstverantwortung wie die Sozialisten totgeglaubter Zeiten. Nur eben unter umgekehrten Verhältnissen: Ging es den Nationalsozialisten noch um die Erweiterung des Kreises der Volksgenossen, ist Maxime der Inter-Nationalsozialisten die Ausmerzungen aller Deutschen. Karlsruhe, Sie wissen schon, dort sitzen diejenigen, die über die Einhaltung einer nicht existierenden Verfassung wachen, mag nun in vorauseilendem Gehorsam unter Familie subsumieren (wie z. B. „Familien“ von „Gleichgeschlechtlichen“), was immer es will, richtiger wird es dadurch nicht.

Darauf wies schon Roman Reusch (AfD) in einem Vortrag über Einwanderung und Kriminalität hin, als es noch keine AfD gab und er noch Oberstaatsanwalt im dunkelroten Berlin war; auch darauf, daß man sich in Karlsruhe vieles hinbiegt, bis es paßt. Nicht das GG postuliere etwas, sondern die Verfassungsrichter, „die derlei Aussagen treffen und sich zur Begründung ihrer Auffassung auf die Grundrechte berufen“:

„Sie sind es schließlich, die die alleinige Deutungshoheit über die Verfassung haben. Nun ist es jedoch für Juristen keine neue Erkenntnis, daß Gerichte – auch höchste Gerichte – hin und wieder ihre Rechtsprechung ändern. Das BVerfG macht hier keine Ausnahme; was gestern von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden war, kann heute ohne weiteres dem Verdikt der Verfassungswidrigkeit unterfallen und umgekehrt, ohne daß die Verfassung auch nur im Geringsten geändert worden wäre. Geändert haben sich die Auffassungen der entscheidenden Personen bzw. – in solchen Fällen häufiger – es wurden Personen ausgetauscht.“

Der letzte Satz bedarf einer Einschränkung: Seine Sichtweise (Auffassungen) ändert jeder unbefangene, unvoreingenommene Bürger (Dritte) situationsbedingt häufiger im Leben, ohne – wenn manchmal auch zähneknirschend – zwingend zu einem anderen Ergebnis zu kommen, als es die Rechtsordnung vorschreibt. Was sich ändert oder treffender – zum Beispiel durch ausgetauschte Akteure – hinzukommt, ist deren ideologisches (also befangenes, voreingenommenes) Denkgerüst, das heute – wie in den Sozialismen üblich – schon von kleinauf eingetrichtert wird. Auch hier führt der Austausch der Älteren durch die Jüngeren zur veränderten Auffassung.

Wer über die Ehe schreibt, darf auch die Scheidung nicht vergessen. 1783 erließ Joseph II. ein Ehepatent, worin die klare Trennung zwischen kirchlichem Ehesakrament und staatlichem Ehevertrag definiert wurde. Seit diesem Zeitpunkt konnten sich zumindest Nichtkatholiken einvernehmlich scheiden lassen und damit erneut heiraten. In den deutschen Staaten galten hinsichtlich der Ehescheidung verschiedene Regelungen, bis im Rahmen des Kulturkampfes reichseinheitlich die zivilrechtliche Ehescheidung eingeführt wurde.

Die Scheidung im heutigen Sinne wurde mit dem nationalsozialistischen Ehegesetz des Deutschen Reiches am 1. August 1938 eingeführt. Sie hatte zumindest auch einen „rassenhygienischen“ Grund, konnten so doch Ehen zwischen „Volksdeutschen“ und Juden geschieden werden. Reformiert wurde das Gesetz 1976 durch die Koalition aus SPD und FDP. Sie schaffte das Schuldprinzip ab und ersetzte es durch das Zerrüttungsprinzip. So wurde möglich, auch das bis heute ein häufiger Grund dafür, keine Ehe einzugehen, daß eine Frau, selbst wenn sie Sexualpartner neben ihrem Ehemann hatte, ihn gleichwohl mit Alimenten ausnehmen kann.

Viele deutsche Ehepaare entscheiden sich heute gegen Familie, weil sie durch Kinder bedingte Mühen, Einbußen oder gar Armut befürchten. Vergleicht man jedoch Betreuungs- und Geldleistungen früher und heute, dürfte das eher der Familienpolitik der Bunten Republik geschuldet sein, denn die Leistungen lohnen sich eher für kinderreiche, beschäftigungslose, also Ausländer-

familien. Ein berufstätiger Organist aus Trier klagte z. B. in Karlsruhe erfolgreich gegen den Beitrag zur Pflegeversicherung, der ihm, so die Richter, zu Unrecht abgeknüpft wurde:

„Das Karlsruher Urteil ist das böseste Schlußwort zu den seit Jahren immer wieder vom Verfassungsgericht erhobenen Mahnungen: Die Politik hat die Familie in verfassungswidriger Weise verkommen lassen... Daß der Staat sich darum seit Jahrzehnten einen Teufel schert, bezeichnete der Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhof als einen ‚Skandal des Rechtsstaates‘.“¹⁷

Bleibt die offene Frage, ob sie das dahinterstehende System tatsächlich nicht durchschauen.

Nach Art. 6 GG steht die Familie als private Keimzelle des Staates unter dessen besonderen Schutz, weil sie, die deutsche Familie, nicht die der Gegengesellschaft, die Verantwortung für die nächste Generation in Deutschland trägt.

Und weil das so ist, reden berufslose Schmalspurakademiker ihnen ein, die reaktionäre Vater-Mutter-Kind-Familie sei absolut „unmodern“ und sowas von „Rechts“. Kindervermeidung, egal wie, dürfte aber eine Domäne deutscher Frauen sein. Nimmt man eine Statistik über kinderlose Frauen zur Hand, bleiben deutsche Frauen beim geringsten Ausländeranteil an den vordersten Plätzen beim Abtreibungswert. Offensichtlich wird das an Grundschulen in Ballungsgebieten wie Berlin, die Ausländeranteile von fast 100 Prozent haben.

Menschen, vor allem deutschen, ist wesentlich wichtiger akzeptiert und angenommen zu werden („unsere Geschichte“), als ihr materielles Auskommen. So hat man uns jahrelang beigebracht (oder beizubringen versucht), daß die vollwertige Frau Karriere macht, Kinder nur stressen und ihnen noch den letzten Freiraum nähmen, die Männer sich ohnehin nie beteiligen („das bißchen Haushalt, sagt mein Mann“), sondern, wenn es nach dem durch die Werbung vermittelten Bild geht, „Frau“ alles selbst machen muß.

Hinzu kommt, daß Familie die Selbstentfaltung hemmt, oft sind zwei Kinder schon verdächtig („wie schaffst du das nur?“), mehr als zwei sind bereits Mutterkreuz (aber nur deutsche!). Würde man dem gemeinen Michel den familiären Lebensentwurf nicht – inzwischen im Kindergarten beginnend – so madig machen, sähe vieles ganz anders aus. Zeichneten die Medien ein positives Bild von Ehe und Kindern als ein Gut, das es locker mit jeder Karriere aufnehmen kann, sähen sich Frauen auch nicht als wertlose Nur-Hausfrauen, sondern träten (wie früher) ganz selbstbewußt auf. Woanders klappt das aber besser, wie die „FAZ“ zeigte:

„Frau, Mutter, Dschihadistin“¹⁸

Die Vorfeldorganisation des „modernen“ progressiven Frauenbildes – „selbstbewußt, erfolgreich (auch im Dschihad), Single und (vor allem) kinderlos“ – heißt „pro familia“. Sie setzt sich für straffreie Abtreibungen auch ohne Indikation ein und bietet sich als externer Partner für Schulen an. Wenn schon in Bayern Kinder der 6. Klassen Broschüren über Analverkehr mit nach Hause bringen, dann möchte man fast gar nicht wissen, was solche Organisationen noch so treiben. Nur Pädophile, die bei pro familia gute Arbeitsbedingungen vorfinden, können annehmen, daß Kinder den gleichen Blick auf Sexualität haben wie sie. Zugleich weigern sie sich, politisch wie medial unterstützt, die natürliche biologische Entwicklung (die 99 Prozent der Kinder durchlaufen) positiv zu begleiten und schaffen darüber hinaus Unsicherheit, Orientierungslosigkeit und ein Verschwinden des natürlichen Schamgefühls.

¹⁷ **Ein Segen für die Familie**, Spiegel Nr. 15 v. 09.04.2001, S. 100 ff.

¹⁸ **Frau, Mutter, Dschihadistin**, FAZ v. 22.03.2018, v. Livia Gerster

Bei Demonstrationen der Gegner von Frühsexualisierung („Demo für alle“) und Abtreibung („Marsch für das Leben“) findet man pro familia natürlich unter den Gegendemonstranten des „bunten“ Bündnisses im Kampf gegen dieses „rechte Gedankengut“. Und der unbeteiligte Zuschauer frißt, was die Medien ihm vorsetzen, dabei sitzen genau dort die echten Nazis und Lebensverächter.

Pro familia wurde nämlich 1952 von dem 1899 in Berlin geborenen Sozialhygieniker und Bevölkerungswissenschaftler Hans Harmsen gegründet. Der betrieb bis Ende des Zweiten Weltkrieges im Dienste der nationalsozialistischen Machthaber Eugenik und wurde nach 1945 Professor an der Universität Hamburg. Dieser Harmsen war Mitbegründer, Präsident, schließlich Ehrenpräsident von pro familia. Zu seinen medizinischen Lehrern hatte der sozialdemokratische Eugeniker Alfred Grotjahn gehört. Die Stellungnahme der evangelischen Fachkonferenz für Eugenik am 18. Mai 1931 (also schon vor Hitler) zur herrschenden Meinung jener Zeit:

„Dem Staat geben wir das Recht, Menschenleben zu vernichten – Verbrecher und im Kriege. Weshalb verwehren wir ihm das Recht zur Vernichtung der lästigen Existenzen?“

Man schickte also von Anfang an den richtigen Experten ins Rennen. Inzwischen kann man die „lästigen Existenzen“ zwar nicht mehr direkt ins Gas schicken, sondern muß den Umweg über „Familienplanung“ gehen, aber im Ergebnis läuft es auf dasselbe hinaus. So erhalten Frauen am Ende die Möglichkeit von Karriere und Freiheit, da das inzwischen allgemein akzeptiert ist – wie fettabsaugen.

Die Arbeit von pro familia richtet sich somit von Anfang an gegen das „unwerte“ Leben weißer Frauen und Männer – oder haben Sie die schon in Türkenvierteln auf Hausbesuch gesehen, über Familienplanung durch Verhütung und Abtreibung aufzuklären? Jede abgetriebene „lästige“ deutsche Existenz wird durch viele ausländische, nicht „lästig“ Existenzen ersetzt, die, um den Satz von Gottfried Curio (AfD) umzuschreiben, wonach „Masseneinwanderung (auch) Messer-einwanderung“ ist, die Demographie der Messeranwender befördert und sozusagen nachgeburtliche Abtreibung bei Deutschen darstellt! Oder, ein weiterer perfider Schritt dieser Agenda, einzige deutsche Söhne in Afghanistan oder Syrien verheizt, während deren dritte und vierte Söhne am Berliner Kuhdamm steuer-ali-mentiert Bier trinken und deutsche Frauen anbaggern oder gar „nehmen“ (zu „Erlebenden“ machen).

„Im Namen des Führers“

Im Jahre 2008 veröffentlichte der Historiker Herbert Schmidt unter dem Titel „Todesurteile in Düsseldorf, 1933 bis 1945“ seine „Dokumentation des Grauens“ über 108 Todesurteile, die während des NS-Regimes an Düsseldorfer Gerichten gefällt und zum großen Teil auch vollstreckt wurden.

Nüchtern und ohne erzählerisches Beiwerk breitete Schmidt darin aus, was seine Recherche ergeben hatte: „Urteilsbegründungen, Ergebnisse ärztlicher Untersuchungen, Gnadengesuche, Abschiedsbriefe, Berichte der Gefängnispfarrer, letzte Worte.“¹⁹

Das Buch veranschaulicht, wie bereitwillig neben den üblichen Verdächtigen aus Partei und Parteiorganisationen selbst Richter, Staatsanwälte, Vollzugsbeamte und teils auch Verteidiger

¹⁹ **Hingerichtet im Namen des Führers**, Welt v. 18.05.2008, v. Andreas Fasel

sich den Forderungen der Machthaber anpaßten. Wie hier, diagnostizierte auch Schmidt „ein kollektives Eliteversagen“ (also keine Kollektivschuld des Volkes):

„In ihrem Erledigungswahn kannten die deutschen Justizbeamten kaum moralische Grenzen.“²⁰

Gestern wie heute! Aus der Geschichte gelernt? Vor allem aber kannten sie, worauf Roman Reusch mit Bezug auf heute hinwies, keine rechtlichen Grenzen, denn über allem steht noch heute des Führers sozialistischer Wille.

Wie der „Führer“ in den Zusammenhang paßt? In zweierlei Hinsicht: Wie die Verurteilungen vieler der genannten Täter belegen, handelten sie strafrechtlich relevant („rechtswidrig“, „schuldhaft“). Gleiches gilt für die von den „Eliten“ praktizierten „Schwangerschaftsabbrüche“, denn sie sind kraft Gesetzes nur dann nicht „rechtswidrig“, wenn sie mit Einwilligung der Schwangeren vorgenommen werden und (kumulativ) „wenn der Abbruch der Schwangerschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, um die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen und seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann“ (§ 218 a II. StGB). In § 219 I. 2 StGB ist ausdrücklich von einer „Opfergrenze“ (Güterabwägung) die Rede. In allen anderen Fällen sog. Schwangerschaftsabbrüche sind diese zwar rechtswidrig, aber straffrei gestellt. Diese „Kleinigkeit“ wird in der allgemein akzeptierenden öffentlichen Diskussion gerne unter den Teppich gekehrt. Daß Merkel so absolutistisch, despotisch und alternativlos, nur am Machterhalt orientiert, wie einst Hitler handelt (der seinerseits vorgab, human im Sinne der Volksgemeinschaft zu handeln), sollte unstrittig sein.

In dem Kontext wollen wir die letzten familienpolitischen Dammbüche der Merkel-CDU betrachten, die allein das Ziel merkelscher Machterhaltung verfolgen, was sogar die „Welt“ einräumen mußte: Macht gegen Lebensschutz. Merkels Wiederwahl als Kanzlerdarstellerin kommentierte sie mit den Worten, diese Wiederwahl wäre „ein stolzer Moment für die CDU, aber auch ein bitterer“:

„Denn die klare Wahlsiegerin CDU hat nicht nur alle Schlüsselressorts aufgegeben und einen in weiten Teilen sozialdemokratischen Koalitionsvertrag akzeptiert. Wie in dieser Woche herauskam, behält sich die SPD außerdem vor, die Unionsfraktion im Bundestag mithilfe von Linkspartei, Grünen und FDP zu überstimmen. Gleich bei einer der ersten Abstimmungen nach der Kanzlerinnenwahl soll dies geschehen: Dann wird die SPD gemeinsam mit der Opposition das Werbeverbot für Abtreibungen aus dem Gesetz streichen.“²¹

Akzeptierter Vertragsbruch im Namen der Kanzlerschaft.

Für die „Konstruktion“ einer Begründung wurde gar ein „Hütchenspielertrick“ zur Aufführung gebracht, so die „Welt“ weiter. Linkereien wohin das Auge schaut: Die „klare“ Wahlverliererin wird trotz vieler aufgebener Schlüsselressorts zur „Siegerin“ hochstilisiert, der schlichte Machterhalt der „Führerin“ zum „stolzen Moment“, trotzdem die „klare Wahlsiegerin“ in jeder Hinsicht als geschorenes Schaf auf dem Hof zurückbleibt. Die „klare Wahlsiegerin“ bekommt die Stimme des Koalitionspartners für die Kanzlerdarstellerin und läßt sich im Gegenzug gleich noch

²⁰ **Hingerichtet im Namen des Führers**, Welt v. 18.05.2008, v. Andreas Fasel

²¹ **Die CDU hat ihr Selbstwertgefühl verloren**, Welt v. 08.03.2018, v. Robin Alexander: „Werbung für Abtreibung“

einmal über den Tisch ziehen. So handeln keine „politisch Verantwortlichen“, so handeln Gesinnungstäter – Sozialisten eben!

Nach der schwangerschaftsverhütenden „Ehe für alle“, wofür ebenfalls Abstimmungsspielchen in Kauf genommen wurden, wird nun die von der SPD geplante Streichung des „Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche“ (§ 219 a StGB) die letzten Hürden nehmen – wie bereits ausgeführt, ein fast nur auf Deutsche reduziertes „Angebot“ (entsprechende Materialien sind nur in deutsch öffentlich zugänglich). Nach der Wahl der Kanzlerdarstellerin wird sich – eine Hand wäscht die andere – die Union von einer SPD-Linken-Grünen-FDP-Mehrheit überstimmen lassen. § 229 a StGB war bisher letzter Teil des erfeilschten Kompromisses zum Abtreibungsrecht und somit ein wichtiger Bestandteil des wie eine Monstranz vor sich hergetragenen christlichen Lebensschutzes. Diese Vorschrift ist ein wichtiger Teil zum Schutz des ungeborenen Lebens. Sie verbietet Ärzten Werbung für Abtreibungen unter Androhung von Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

Weitere Spielchen werden getrieben, um die ohnehin unterentwickelte sozialistische Vertragstreue zu vernebeln (vgl. „No bail out“-Klausel). Um scheinbar nicht gegen den Koalitionsvertrag zu verstoßen, reichte die SPD ihren Antrag auf Streichung des Werbeverbots für Abtreibungen eine Woche vor dessen Unterzeichnung ein, laut „Welt“ soll „der Poststempel ... als Legitimation reichen, bei den Abstimmungen in einigen Wochen gegen den Koalitionspartner votieren zu können“²² - womit weisgemacht werden soll, noch gäbe es keinen Koalitionsvertrag.

Das ist nicht einmal eine Spitzfindigkeit, sondern schlicht plump. Jeder Student der Rechtswissenschaften weiß, daß ein Vertrag durch Angebot und dessen Annahme zustande kommt, unsere Vorfahren besiegelten ihn dann per Handschlag. „Ein Mann, ein Wort.“ Will heißen: Der Vertrag wurde spätestens mit Beendigung der Koalitionsverhandlungen geschlossen, die hier zeitlich verschobenen Unterschriften dienen lediglich dazu, ihn auch gerichtsfest zu machen (Beweislast). Einer „Zustellung“ („Poststempel“) bedarf es überhaupt nicht.

In den Koalitionsverhandlungen wurde zwar über das Werbeverbot gesprochen, aber keine Einigung erzielt. Bei Dissens gilt ein Stillhalteabkommen, schon wäre die Angelegenheit vom Tisch. Dennoch wird laut „Welt“ aus der Union für das vertragsbrüchige Verhalten der SPD sogar Verständnis signalisiert. Merkel will weiter „führen“, dafür schlucken sie und ihre Hosenanzugs-Brigade jede Kröte und opfern – wie bei den offenen Grenzen – rücksichtslos Menschenleben, die sie zu schützen haben. Ungeborenes Leben hier, geborenes, Familienmitglieder, Freunde und Bekannte dort. Der totale Krieg gegen das eigene Volk.

Im Hinblick auf die koalitionären Linkereien schon vor Beginn der GroKo lassen sich für die Zukunft Abgründe erahnen. Dieses Muster schamlosen Verhaltens entgegen Treu und Glauben war bereits bei der „Ehe für alle“ (demnächst auch für „alles“?) angelegt und findet hier nur seine Fortsetzung. Das bedeutet vermutlich: Der nächste Schritt bis zur totalen Freigabe von Abtreibungen ist nicht mehr weit. Harmsen schaffte es nach 1945, die Vernichtung „lästiger Existenzen“ „sauberer“ und geräuschloser zu machen, nur geheim ist sie nicht mehr.

Zwischendurch ließ die SPD durch Eva Hoegl wissen, was sie von Lebensschutz bzw. Lebensschützern hält. Sie hatte sich über einen Zeitungskommentar geärgert, der die Rolle rückwärts ihrer Partei thematisierte und setzte bei Twitter folgenden Tweet zum Thema Abtreibungsparagrafen 219 a StGB in die Welt:

²² **Die CDU hat ihr Selbstwertgefühl verloren**, Welt v. 08.03.2018, v. Robin Alexander: „Werbung für Abtreibung“

„Ach ja, es ist ja so schön und billig, auf die SPD zu schimpfen. Wie wär's damit, mal die widerlichen ‚LebensschützerInnen‘ in der Union in den Blick zu nehmen und zu kritisieren?“

Grenzenlos offen!

Schäubles neuer „Lebensborn“

Ging es beim „Lebensborn“ der Nationalsozialisten noch um die „Eingrenzung“ des Personenkreises („Eindeutschung“), geht es beim Lebensborn der Inter-Nationalsozialisten um die „Entgrenzung“. Was damals „unter rassistischen und biologischen Gesichtspunkten brauchbar“ war, ist heute unbrauchbar, bzw. von vornherein „unbrauchbar“ gemacht worden. Die Verweichlichung deutscher Jungen, die vorsorgliche Aberziehung des Balzverhaltens gegenüber der Weiblichkeit (Stichwort Sexismus), die Verschulung, „Ehe für alle“ usw., sind staatliche Garantien für „Demographieprobleme“. Während Deutsche bei jeder Gelegenheit zur Abtreibung gedrängt werden, wird sie in den Kreisen der Mohammedaner und Neger nicht einmal angedacht, die Vermehrungsquote liegt bei ihnen gewollt deutlich über der deutschen und wird staatlich alimentiert, obwohl Deutschland für diese Art der Demographie nicht zuständig ist. In dieser Situation trat Schäuble Anfang Juni 2016 im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ mit dem Spruch aus der Deckung,

*„Abschottung würde Europa in Inzucht degenerieren lassen“.*²³

Der SPD-Hauskriminologe Christian Pfeiffer hat auch eine Idee, wie das durchsetzbar ist: Da die Bundesrepublik vorwiegend junge, alleinstehende Männer ins Land lasse, sei es ganz „normal“, daß die Kriminalität zunehme. Dem Problem will er dadurch begegnen, daß ihnen die Gastgeber noch mehr „Willkommenskultur“ entgegen bringen sollen. Junge Männer seien immer krimineller als zum Beispiel alte Omas, insbesondere dann, wenn sie unter Frauenmangel litten (zwischenzeitlich gibt es 20 Prozent weniger Frauen als Männer in Deutschland). Daher sei es Aufgabe des Gastgeberlandes, die jungen Männer mit Frauen zu versorgen, was problemlos in den Herkunftsländern geschehen kann, aber nicht soll (aus illegal legal machen). Die sollten, so Pfeiffer, die jungen Männer „zivilisieren“.

Wie vorgetragen, war die „Balkanisierung“ Deutschlands eine westalliierte Vorgabe nach dem Zweiten Weltkrieg, die durch die Gastarbeiter (junge, ledige Männer, als viele deutsche Männer noch in Gefangenschaft bzw. tot waren) eingeleitet wurde, der erste staatliche Beitrag. Gemeinsam haben der alte SS-„Lebensborn“ und der neue noch etwas: Sie kümmern bzw. kümmern sich vor allem um unverheiratete Mütter und deren unehelichen Kinder, die den rassen- bzw. klassenpolitischen Wahnvorstellungen beider Sozialismen dienen. Was damals „rassistisch minderwertig“ war, ist heute klassenpolitisch „hochwertig“. Als wertschöpfende eierlegende Wollmilchsau (Hybridwesen = Bastard) sind Deutsche noch nützlich, ansonsten unverwertbar, was Kathrin Göring-Eckardt am 9. Oktober 2013 dem ARD-Morgenmagazin ins Stammbuch schrieb:

„Es geht einerseits darum, sind wir ein Land, was für Migranten offen ist, was Leute anzieht. Die wir übrigens dringend brauchen. Nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir, weil wir auch Menschen hier brauchen, äh die äh in unseren Sozialsystemen zu Hause sind und sich auch zu Hause fühlen können.“

²³ „Abschottung würde Europa in Inzucht degenerieren lassen“, FAZ v. 08.06.2016

Es geht darum, für Ausländer offen zu sein, „weil wir auch Menschen hier brauchen“, die „wir“ für die Balkanisierung, die Tribalisierung, Deutschlands brauchen.

Wenn Heime für unverheiratete Mütter eingerichtet wurden, dann nicht aus Fürsorge, sondern weil der Führer Kinder als Kanonenfutter für die Wehrmacht brauchte. 1940 beklagte Himmler in einem Brief an Feldmarschall Keitel, daß Deutschland ohne ausreichenden Nachwuchs „bei der Fruchtbarkeit der Russen und bei unserer Überfeinerung, um nicht zu sagen Degeneration“ von den Russen und Asiaten „einfach über den Haufen gerannt“ würden, sollten nicht nur verheiratete deutsche Frauen mindestens vier Kinder gebären. Sondern jede Frau, auch die ledige, sollte für den Führer gebären.

Mit dem Lebensborn e. V. hatte Himmler 1935 ein Instrument geschaffen, diese Vorstellungen umzusetzen. Ihm mußte jeder SS-Führer als Mitglied angehören, Steuerzahler, Krankenkassen, das NS-Hilfswerk oder SS-Unternehmen mußten ihn mit finanzieren. Himmler versäumte keine Gelegenheit, für die uneheliche Mutterschaft und auch die Lebensborn-Heime zu werben.

Uneheliche Kinder galten in den 30er-Jahren wie auch noch mehrere Jahrzehnte später für Frauen als gesellschaftliches Stigma. Das änderte sich mit den Inter-Natioalsozialisten der 68er. Als nach Kriegsbeginn schnell spürbar wurde, daß die meisten Gefallenen Männer zwischen 20 und 35 Jahren waren und schon bald ein deutlicher Frauenüberschuß absehbar wurde, erließ Himmler einen zumindest interpretationsfähigen Befehl. Er ordnete am 28. Oktober 1939 an:

„Über die Grenzen vielleicht sonst notwendiger bürgerlicher Gesetze und Gewohnheiten hinaus wird es auch außerhalb der Ehe für deutsche Frauen und Mädels guten Blutes eine hohe Aufgabe sein können, nicht aus Leichtsinn, sondern in tiefstem sittlichen Ernst Mütter der Kinder ins Feld ziehender Soldaten zu werden.“

Himmler versprach, für alle ehelichen und unehelichen Kinder, deren Väter im Kriege gefallen seien, übernehme die SS die Vormundschaft. Darüber hinaus versprach er Müttern ehelicher wie unehelicher Kinder, für sie und ihren Nachwuchs sorgen zu wollen. Beide Weisungen wurden gerade im weiblichen Teil der Bevölkerung als Aufforderung zu unehelichen Schwangerschaften und Polygamie ausgelegt. Unter der Hand wurde seine Anordnung als „Zuchtbefehl“ verstanden.

Polygamie wurde in der Bunten Republik weitgehend abgeschafft bzw. gilt nur für Deutsche. In Berlin Neukölln beispielsweise gehört die Vielehe zum Alltag. Beinahe jeder dritte Mohammedaner dort soll zwei Ehefrauen haben – auf Kosten der Steuerzahler. Ein im Fernsehen gebrachter Fall zeigt einen Kurden mit seinen Ehefrauen und acht Kindern. Daß sie von Sozialhilfe leben, bedarf keines gesonderten Hinweises, wie auch die Tatsache, daß sich die Situation seither verschärft hat. Schon der damalige Bürgermeister Heinz Buschkowsky wies darauf hin, „Polygamie ist Fakt, sie findet statt“. Der Journalist Joachim Wagner widmete dem Thema in seinem Buch „Richter ohne Gesetz“ (statt dem C verwendete er eine Mondsichel mit Stern) bereits 2012 ein komplettes Kapitel. Er sagte, der deutsche Steuerzahler finanziert über Hartz IV. islamische Vielehen in Deutschland mit. Und den Mitarbeitern der Jobcenter ist das Problem längst bekannt: „Das ist Betrug an dem Steuerzahler.“ Joachim Wagner:

„In arabischen Ländern können sich Vielehen eigentlich nur wohlhabende Bürger leisten, hier in Deutschland können sich das aufgrund des Hartz-IV.-Systems alle leisten.“

Die Zweitfrau (erlaubt sind nach der Scharia bis zu vier Frauen) wird zum Jobcenter geschickt und behauptet dort wahrheitswidrig, den Vater ihrer Kinder nicht zu kennen; für das Jobcenter ist diese Behauptung nicht nachprüfbar, weil es die „islamische Ehe“ in Deutschland nicht gibt

und sie auch nicht aktenkundig wird. So gilt die Zweitfrau in Deutschland als ledig und kann gegenüber der ARGE finanzielle Ansprüche geltend machen. Viele von ihnen geben sich zudem als alleinerziehend aus und kassieren darüber hinaus einen Alleinerziehendenzuschlag: 200 Euro mehr.

Ein Grund für den Boom islamischer Heiraten liegt darin, daß sie die Erschleichung von Sozialleistungen begünstigen. In einer Berliner Moschee erfuhr die Reporterin, daß allein dort wöchentlich zehn Islamehen geschlossen würden. Hinweise auf diese Mehrehen kämen laut Buschkowsky immer wieder von Lehrern:

„Daß zu einem Kind in der Klasse plötzlich eine zweite oder dritte Mutter vorspricht.“

Anja Huth, Pressesprecherin des Jobcenters in Nürnberg ist im Bilde:

„Es ist bekannt, daß es diese Probleme, diese Häufung gibt...“

Auf die Frage, warum nichts dagegen geschehe, antwortet sie:

„Ich glaube schon, diese kulturellen Unterschiede sind sehr sensibel, wir sind ein sehr tolerantes Land, es gibt viele gute Gründe, die für eine hohe Toleranz sprechen, es gibt auch viele Gründe die dagegen sprechen, denn Deutschland ist da auch sehr sensibel, tolerant und ich bin selbst gespannt, wie die Diskussion endet.“

Welche Gründe die „hohe Toleranz“ hat, sprach Huth nicht an, Sie kennen sie bereits. Ob die Zustände zulasten des Steuerzahlers abgeschaltet werden, habe die „Politik“ zu entscheiden. Die will das nicht. Die zuständige Familienministerin wollte sich nicht zur Sache äußern.

Nicht nur diese Vielehen, sondern die meisten mohammedanischen Ehen bergen neben horrenden Kosten eine weitere Gefahr: Eine permanente Absenkung der Bevölkerungsqualität, weil die Ehe zwischen Blutsverwandten im vorderen wie hinteren Asien stark verbreitet ist. In Indien etwa, so der Humangenetiker Kunze, heiratete ein Onkel oft seine Nichte, in der Türkei, Iran und den arabischen Staaten dagegen ist die Konstellation Cousin und Cousine häufiger. Das wird religiös begründet. So sind Ehen zwischen Verwandten im Koran oft beschrieben und prägen die zeitgenössischen Darstellungen Mohammeds. Die Bibel dagegen geißelt derlei Verbindungen schon im 3. Buch Mose, Kapitel 18. „Niemand von euch darf sich einer Blutsverwandten nähern und ihre Scham entblößen“, steht dort in Vers 6.

Das berühmteste Beispiel für Inzucht ist Ägypten, wo mehrere Dynastien von Pharaonen nach einigen hundert Jahren kollabierten. Um das Vermögen und die Macht innerhalb der Familien zu halten, heirateten die Pharaonen oft ihre eigenen Schwestern oder Halbschwestern. Nach einer handvoll Generationen waren die Nachkommen geistig und körperlich nicht mehr in der Lage zu herrschen.

Eine grobe Schätzung zeigt, daß nahezu die Hälfte aller Moslems in der Welt Inzucht betreiben: In Pakistan geschehen 70 % aller Ehen zwischen Cousinen und Cousins ersten Grades (so genannte Blutsverwandtschaft), während in der Türkei diese Anzahl zwischen 25-30 % liegt (*Jyl-lands Posten*, 27.02.2009: „More stillbirths among immigrants“).

Statistische Forschungen in arabischen Staaten, woher all die Facharbeiter und Wissenschaftler kommen, zeigen, daß bis zu 34 % aller Ehen in Algier blutsverwandt sind, 46 % in Bahrain, 33 % in Ägypten, 89 % in Nubien, (südliches Gebiet von Ägypten), 60 % im Irak, 64 % in Jordanien, 63 % in Kuwait, 42 % im Libanon, 48 in Libyen, 47 % in Mauretarien, 54 % in Qatar, 67

in Saudi-Arabien, 63 % im Sudan, 40 % in Syrien, 39 % in Tunesien, 54 % in den Vereinigten Arabischen Emiraten und 45 % in Jemen.²⁴

Ein größerer Teil der Inzucht-Mohammedaner wird von Eltern geboren, die ihrerseits inzüchtigt sind. Dies vergrößert das Risiko von negativen geistigen und körperlichen Folgen immens.

Ausgaben für geistig und physisch behinderte Mohammedaner, fehlen im Haushalt für andere öffentliche Ausgaben:

„Wenn Cousins und Cousins Kinder miteinander haben ist es zweimal so wahrscheinlich, daß diese ein behindertes Kind haben – dies kommt den kommunalen Kassen teuer zu stehen. Behinderte Emigrantenkinder kosten den dänischen Gemeindeverbänden Millionen. Im Stadtbezirk Kopenhagen allein ist die Anzahl der behinderten Kinder um 100 % in zehn Jahren gestiegen. ... Meredith Lefelt hat in Kopenhagen 330 Familien mit behinderten Kindern kontaktiert. Sie schätzt, daß ein Drittel ihrer Klienten einen fremden kulturellen Hintergrund haben.“²⁵

Obendrauf kommen die Kosten für muslimische Emigranten, die, aufgrund der verschiedenen Folgen die mit Abstammung von blutsverwandten Eltern auftreten, nicht in der Lage sind die Herausforderungen des westlichen Arbeitsmarktes zu erfüllen: Muslimische Emigranten und ihre Nachkommen haben eine sehr hohe Arbeitslosenrate.

In einer Ende 1942 oder Anfang 1943 erschienenen Denkschrift über die Grundsätze einer Regierung nach Hitler schrieb der konservative NS-Gegner Carl Goerdeler:

„Mit dem Zerreißen der Familien, den leichtfertig geschlossenen Ehen und der staatlichen Prämierung unehelicher Kinder hat es ein Ende.“

Mit den Inter-Nationalsozialisten sind wir wieder genau an diesem Punkt angelangt: Dem Zerriß der Familie und Prämierung unehelicher Kinder. Wo einst die Familie war, ist heute die „Bedarfsgemeinschaft“. Die Inter-Nationalsozialisten bauen heute auf die Fruchtbarkeit der „Asiaten“ (Himmler).

Traum von der materialistischen Utopie

Wer heute die Worte „freie Liebe“ hört, hat wahrscheinlich die Bilder von Woodstock vor Augen. Jedenfalls würde niemand an die Sowjetunion des frühen 20. Jahrhunderts denken. Der junge Sowjetstaat unternahm den bis dahin wohl ehrgeizigsten Versuch der Geschichte, ideologisch die menschliche Sexualität zu entfesseln. Dieses Experiment endete, wie alle marxistischen, fast in der gesellschaftlichen Katastrophe.

Karl Marx schrieb in seinem „Kommunistischen Manifest“, der Traum von einer materialistischen Utopie sei „nur durch den Sturz aller bestehenden sozialen Verhältnisse“ erreichbar:

„Aufhebung der Familie! Wir heben die vertrautesten Verhältnisse auf, indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen. Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral...“

²⁴ Reproductive Health Journal, 2009 Consanguinity and reproductive health among Arabs

²⁵ BT, 10/11, „2003 Immigrants inbreeding costing one million“

Als die Kommunisten in Rußland 1917 nach der Oktoberrevolution an die Macht kamen, führten sie systematisch eine Politik ein, die den Marx'schen Doktrinen folgte. Dazu gehörte nicht nur die Beschlagnahme von „Produktionsmitteln“, wie Fabriken und Grundstücken, sondern auch die Auflösung der Institution Familie. Die Kommunisten sahen sie als Hindernis, das beim Streben nach der materialistischen Utopie störte. Daher sollten die Menschen in „freien Liebesbindungen“ leben und nach Lust und Laune miteinander Geschlechtsverkehr haben.

Wie heute im Merkel-Deutschland wurden alle Sowjetbürger, insbesondere Städter, auf Parteilinie getrimmt, indem ihnen eingetrichtert wurde, daß sexuelle Zurückhaltung, basierend auf Familienethik und Moral, keinerlei Vorteile habe, im Gegenteil sogar schädlich („unmodern“) sei.

So überzeugten zunächst die östlichen Kommunisten ihre Frauen, daß sie „Sklavinnen“ (so auch Alice Schwarzer) seien, wenn sie für ihre eigenen Familien kochten und ihre eigenen Kinder erzogen. Erst durch die Arbeit in staatlichen Fabriken würden die Frauen viel „freier“, lautete der Slogan (so auch die EUdSSR). Abtreibungen wurden erlaubt.

In der Sowjetunion, dem Dritten Reich, der DDR wie im heutigen Deutschland der Stalinisten Merkel sollten die Kinder möglichst früh von ihren Müttern getrennt und zwecks Indoktrination in Kindergärten, Kindertagesstätten (heute „Tageskrippen“) und später Schulen gesteckt werden, um vom Staat als nächste Generation „befreiter“ Zahnräder in der sozialistischen Sklaven-Maschinerie aufgezogen zu werden.

Innen allen ist das Heilsziel des „Neuen Menschen“ gemein. Das hat religiöse Wurzeln und zeitigt totalitäre Konsequenzen. Die Leitidee der Nationalsozialisten war der arische, nicht mit anderen Rassen vermischte Mensch. Bei den internationalen pflegte man die Leitidee vom sozialistischen „Neuen Menschen“, dem Haß, Neid und Rassismus fremd sein sollte, die das Erziehungswesen von UdSSR und DDR maßgeblich bestimmte. Heute arbeiten die Inter-Nationalsozialisten an ihrem neuen Traum, den multikulturellen Menschen. Der soll sich aus der Vermischung aller Rassen bilden, die man per Invasion nach Europa ermöglichen will. Ziel ist ein europäischer Einheitsmensch, der weder nach Rasse noch nach Herkunft, Sprache oder Hautfarbe zu unterscheiden ist – so daß kein Mensch in einem anderen mehr einen Konkurrenten oder Gegner sehen könne.

Auf dem 1905 in London stattfindenden 3. Parteitag der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ sollte sich Leo Trotzki – Organisator der Roten Armee und Mitstreiter Lenins – mit der Geschlechterfrage befassen und eine „Geschlechter-Theorie“ ausarbeiten, die im Falle des Sieges der Bolschewiken einzuführen war.

Schon 1904 hatte Wladimir Lenin geschrieben, „(...) die Freilassung der Begierde und Energie, die sich auf pseudo-familiäre Werte richtet, wird helfen, diese blockierte Kraft für den Sieg des Sozialismus einzusetzen“. Trotzki schrieb 1911 an Lenin:

„Es steht außer Frage, daß die sexuelle Unterdrückung das Hauptmittel ist, um Menschen zu versklaven. Solange diese Unterdrückung existiert, kann von wahrer Freiheit keine Rede sein. Die Familie, als eine Institution der Bourgeoisie, ist obsolet. Wir müssen das den Arbeitern ausführlich erklären (...).“

Lenins Antwort ging einen Schritt weiter:

„Nicht nur die Familie. Alle Verbote, die die Sexualität betreffen, müssen abgeschafft werden (...). Wir können von den Suffragetten viel lernen: Auch das Verbot der gleichgeschlechtlichen Liebe muß abgeschafft werden.“

Während im zaristischen Rußland Homosexualität unter Männern ab 1903 mit Freiheitsstrafe von bis zu drei Monaten bestraft werden konnte, schafften die Kommunisten nach ihrer Machtübernahme alle Vorschriften zur Homosexualität ab, die sog. gleichgeschlechtliche Liebe wurde strafrechtlich nicht mehr verfolgt. Das änderte sich 1933, als Homosexuelle mit „Spionage“ und „Bourgeoisie“ in Verbindung gebracht und von da an unterdrückt wurden. Anfang 1934 startete die Sowjetführung gar eine politische Kampagne gegen Homosexualität. Die richtete sich speziell gegen schwule Männer – lesbische Frauen blieben davon unberührt. Von nun an mußten Männer, die miteinander Geschlechtsverkehr hatten, mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe und Deportation nach Sibirien rechnen.

1918 verwarfen die Kommunisten, ganz im Sinne von Marx, alle Familiengesetze und familiäre Traditionen, erließen 1918 ein neues Familiengesetz.

Im gleichen Jahr wurden in Regionen der Sowjetunion, in denen die Bolschewiken an der Macht waren, Dekrete über die „Sozialisierung der Frauen“ erlassen. Die Verantwortung dafür oblag den jeweiligen Abgeordneten, die sie auch verfaßten. Sie wurden, wie der Heimatforscher Boris Sennekow in seinem Buch „Tambower Aufstand 1918-1921 und die Entkulakisierung Rußlands 1929-1933“ schrieb, zunächst probeweise erlassen, um festzustellen, wie die Bevölkerung darauf reagierte.

Im Dekret „Über die Befreiung der Frauen“ der Stadt Wladimir vom 1. Januar 1918 stand z. B., daß der „private Besitz“ von Frauen verboten sei; gemeint war, daß die Ehe als Teil „des alten kapitalistischen Aberglaubens“ abgeschafft worden war. Weil der „private Besitz“ von Frauen verboten war, ging nun jede Frau ab dem 18. Lebensjahr ins „Eigentum der Republik“ über und mußte sich im „Büro der freien Liebe“ registrieren lassen. Von diesem Zeitpunkt an konnte sie sich einen „Geschlechtspartner auf Zeit“ aussuchen oder selbst ausgesucht werden. Weder durfte der Ausgewählte sie abweisen, noch sie den Mann, der sie als Geschlechtspartnerin haben wollte. Dahin wird, wenn auch wohl einseitig, der Merkelismus noch führen, sieht doch so geliebtes Diskriminierungsverbot aus. Alle aus solchen Verbindungen hervorgegangenen Kinder sollten ebenfalls zum „Eigentum der Republik“ erklärt und den „Erzeugerinnen“ sofort nach der Geburt weggenommen werden, um sie zu neuen „Verfechtern der ‚Weltrevolution‘“ zu machen, so das Dekret (vgl. „Lebensborn“).

Da „Die Familie als eine Institution der Bourgeoisie ... obsolet“ ist, werden im internationalsozialistischen politischen Europa seit einigen Jahren Vater und Mutter abgeschafft. Der Gender-Mainstream treibt Blüten, die man bis vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Weil die Begriffe „Vater“ und „Mutter“ diskriminierend seien, tatsächlich aber die „Gleichheit“ infrage stellen, verdeutlichen sie doch „den kleinen Unterschied“, werden sie durch das Wort „Elter“ ersetzt. Denn das würde auch den Umgang homosexueller Partnerschaften mit Kindern erleichtern. Ein Kind, dessen soziale Eltern zwei lesbische Frauen oder schwule Männer sind, hätte dann eben nicht mehr eine Mutter und eine Stiefmutter bzw. einen Vater und einen Stiefvater, sondern zwei „Elter“. So werden verbal biologische Unterschiede verwischt.

Ein Elter ist die Bezeichnung für einen Elternteil, das heißt entweder Vater oder Mutter. Es ist eine künstlich gebildete („Konstrukt“) Einzahlform zum Pluraletantum „Eltern“.

Das „Christliche Informationsforum“ berichtete:

„Laut neuem Leitfaden für die amtlich verbindliche Sprache fällt die Verwendung der Begriffe Vater und Mutter unter die Rubrik diskriminierender Begriffe... Kinder haben dem-

nach künftig keinen Vater oder Mutter, sondern nur noch ein Neutrum als Ursprung, genannt ‚das Elter‘.

Statt Vater oder Mutter sollte man besser ‚der Elternteil‘ oder ‚das Elter‘ schreiben. ‚Der Leitfaden ist für amtliche Publikationen verbindlich‘, sagt Isabel Kamber...

Damit folgen die politisch Verantwortlichen in Bern den Vorschlägen in der Beschlussvorlage 12267 im Ausschuss für Chancengleichheit von Frauen und Männern des Europarates, der die Verwendung von Begriffen wie des Mutterbegriffs in den Nationen bekämpfen soll, um Gender-Gleichheit herzustellen.

(...)

Folgerichtig wäre es, auch die Großmutter, Großvater, usw. abzuschaffen. Großelter 1 und Großelter 2 müsste es dann heißen oder – besser – Großelter 1.1 und 1.2 sowie Großelter 2.1 und 2.2. Dies wäre auch eine digitalisierungsfreundliche Lösung, die sich überdies an Patchworkverhältnisse flexibel anpassen ließe.“

Eines haben die ExpertInnen (sicher ohne Kind) allerdings übersehen: Selbst wenn man aus „Vater“ und „Mutter“ ein Neutrum macht, die sichtbaren biologischen und mentalen Unterschiede lassen sich kaum negieren.

Schäubles neuer „Lebensborn“ frönt seiner eigenen Art, die menschliche Sexualität zu entfesseln. Während Himmler ausrückende Männer an die volkserhaltende Front schickte, sind es bei ihm die einrückenden Inzest-Verhinderer, die Vorgehensweise nicht ganz so diskret, weil sie sich oft in der Öffentlichkeit abspielt und nach Öffentlichkeit heischt – wenn oft auch nur auf regionaler Ebene und auf direkte Anfrage bei den Polizeidienststellen. Die polizeiliche Informationspflicht wurde entgegen geltender Rechtslage durch die Obrigkeit eingeschränkt.

Überfall auf Joggerin am hellichten Tag? Beispielsweise in der offenen toleranten Welt (nicht nur) in NRW heutzutage längst an der „Tagesordnung“. Gibt man bei google „Joggerin Überfall NRW“ ein, erhält man in nur 0,3 Sekunden stolze 79.000 Suchergebnisse. In anderen Worten: 79.000 junge Frauen, die staatlich propagierter Fitness frönten, wurden in doppelter Hinsicht Opfer des eigenen Saates, der sie eigentlich zu schützen hat.

So hatte im sauerländischen Olsberg ein „Mann“ ein 14-jähriges Mädchen angegriffen, als es auf dem Ruhrtalradweg zwischen Olsberg und Assinghausen unterwegs war. Der „Mann“ hatte sich ihr von hinten genährt und sie attackiert, so die zuständige Polizei. Dabei griff der „Mann“ der Joggerin an die Brust und in die Hose. Als er zu weiteren sexuellen Handlungen ansetzte, konnte sich die 14-Jährige zur Wehr setzen und kurz darauf flüchten. Die Polizei fahndete nach dem „Mann“ per Hubschrauber – die Kosten des Einsatzes bereicherten den Steuerzahler mit mindestens 3.000 Euro pro Stunde, die umfangreichen Fahndungsmaßnahmen blieben, wie so oft in NRW, bislang erfolglos. Die Ermittlungen dauern an.

Staat und Kirchen als Kuppler

Am 4. November 2016 gab die Caritas, einer der größten Profiteure jener seit Ende 2015 laufenden Invasion eine Pressemitteilung heraus, worin man gemeinsam mit der Bundesbahn „Studenten und Schüler“ aufforderte, auf ihrer Fahrkarte (+1) „Flüchtlinge mitzunehmen“:

„Mit einem ungewöhnlichen Projekt will die youngcaritas im Erzbistum Paderborn Flüchtlinge unterstützen, Kontakte zu Einheimischen ermöglichen und ein Zeichen der Solidarität setzen. Die Idee ist einfach: Studenten und Schüler mit einem Monats-Semester- oder zum Beispiel Firmen-Ticket lassen Flüchtlinge mitfahren. Um Teilnehmer wirbt das Projekt ‚Flüchtlinge mitnehmen‘ in der kommenden Woche in Dortmund bei einer Campus-Tour an der Fachhochschule und an der Technischen Universität.“

Was zunächst auffällt, ist die ungedenderte Rede von „Studenten und Schüler“ ohne Binnen-I. Dafür sprechen die Bilder eine klare Sprache: Eine ca. 15-jährige Rothaarige wird dort mit dem „+1“-Logo verwurstet. Sie wenden sich also ausdrücklich an junge, weiße Mädchen, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Als Erkennungsmittel sollen sich diese Mädchen für jeden Invasoren erkennbar den blauweißen Button anstecken, um sich als „Mitmachende“ kenntlich zu machen. Der Text wird dann Klartext: „Unsere Aktion richtet sich an junge TicketinhaberInnen“.

So ist das liebe „+1“-Mädchen für den Invasoren gleich zu erkennen, und der fremde Mann darf, ja, soll sich ihr nähern. Sieht man sich das Photo an, womit die Aktion beworben wird, verfestigt sich der Eindruck: Während sonst bei jeder Gelegenheit und in jedem Katalog, Kleiderprospekt und Sonderangebotsblättchen peinlichst darauf geachtet wird, daß es nicht „zu weiß“, sondern ethnisch bunt gemischt ist (wo Goebbels Volksaufklärung von jeder Seite grinst), hat man bei dieser Aktion „Flüchtlinge mitnehmen“ keinen Mann und keine farbige Frau, kein Pärchen, keine dunkelhäutige Ansprechperson abgebildet, sondern ein „bio-deutsches“ Mädchen: Sehr zart, sehr jung, fast noch kindlich, sehr wehrlos, sehr deutsch, sehr weiß, rotblondes, langes Haar, hübsch, scheues Lächeln, blaue Augen – der perfekte Lockvogel, das perfekte Opfer. Wie die ebenfalls verkuppelte Mia Valentin.

So soll den Mädchen nahegebracht werden, wie gut und schön diese Aktion doch ist. Überall sind es weiße, hübsche, blonde junge, arglose Mädchen, die hier gezeigt und angesprochen werden. Fröhlich, lachend, lieb und unbeschwert. Sind die Ermahnungen unserer Eltern, nur ja nicht mit Fremden mitzugehen, vergessen?! Wie kann es sein, daß ausgerechnet diese absolute Ziel- und Beutegruppe für fremde Männer, die auf Frauenjagd gehen, wie Mia, in ihrer Arglosigkeit dazu aufgefordert werden, sich ausgerechnet einer solchen Gruppe anzubieten, in der nachweislich ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Gewalttätern und Vergewaltigern lauert?

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte

Ein solches Bild der „mehr als tausend Worte“ veröffentlichte der „Pfalz Express“ am 3. Januar 2018 unter der Überschrift „Kandel: Max & Moritz als internationale Begegnungsstätte eröffnet“. Dort waren die Kuppler schon einen Schritt weiter als bei Caritas und Bahn. Das Bild zeigt 13- bis 16-jährige Mädchen, die schüchtern und etwas unsicher in die Kamera lächeln. Dazwischen vollbärtige junge Männer, vermutlich aus Syrien und Afghanistan, geschätzte 20 Jahre und mehr. Dieses Treffen zwischen erwachsenen, angeblichen jugendlichen Flüchtlingen mit minderjährigen Mädchen in der Pubertät wurde am 11. Dezember 2015 bewußt vom als SPD-Bürgermeister von Kandel firmierenden Kuppler, Volker Poss und anderen Brüdern im Geiste, in der pfälzischen 16.000-Einwohner-Gemeinde, angebahnt.

Spätestens seit dem 30. Dezember 2017 weiß dort jeder sicher, daß solche geförderten Kuppelleien durchaus auch tödlich enden können. Die 15-jährige Mia aus Kandel wurde von einem Afghanen, den ihre Eltern in ihr Haus ließen und „wie einen Sohn aufgenommen hatten“, der aber schon äußerlich eher wie ein Erwachsener denn wie ein 15-Jähriger wirkte, aus gekränkter „Eh-

re“ brutal und kaltblütig in einem DM-Mark abgeschlachtet. So wie ein „richtiger Mann“ aus diesem „Kulturkreis“, woher die meisten unbegleiteten männlichen „jugendlichen Schutzsuchenden“ aus Kandel und sonstwo stammen, seine „Ehre“ traditionell wieder herstellt. Mit einem feststehenden Messer. Zeugen berichteten, daß er bei seiner Festnahme gegrint habe.

Haben Sie je gehört, daß minderjährige Mädchen zum Zwecke des Kennenlernens mit erwachsenen deutschen Männern zusammengeführt wurden? Spätere Freundschaft und mehr nicht ausgeschlossen? Welchen Zweck sollen solche Treffen, einschließlich derer per Zug-Ticket, sonst gehabt haben? Würden Sie Ihre Tochter freiwillig zu einem solchen Treffen gehen lassen, selbst wenn es sich um Deutsche handelte? Zumal dann, wenn Sie wüßten, daß es sich um eine völlig fremde, unbekannte ausländische, alleinstehende Männergruppe aus einem tribalen Kulturkreis handelt? Hörten Sie jemals von einem solchen Treffen? Oder würden Sie das nicht eher spontan dem Jugendamt überlassen wissen?

In Kandel praktiziert man das noch heute, selbst nach dem Mord an Mia, als ganz normal. Das genannte Qualitätsblatt hielt ein solches Treffen gar als Bildserie fest. Dort sieht man Einwohner, Männer und Frauen mittleren Alters, gut durchmischt mit den bunten Gästen ihres Ortes. Mitten drin ein evangelischer Pfarrer und selbstverständlich der sich im Erfolg badende Bürgermeister Volker Poss.

Selbstverständlich betreibt der seine eigene, fremdfinanzierte Webseite, um sich und seine vermeintlichen Vorzüge gebührend darzustellen. Seit an Seit mit Malu Dreyer vom gleichen Ver-ein (SPD). Ein Schwerpunkt seines „Schaffens“ ist – wie immer das aussehen mag – die Aufnahme und Integration von „Schutzsuchenden“. Zwischenzeitlich 127 von ihnen auf 7.000 Einwohner allein im Hauptort und Verwaltungssitz Kandel. Ein speziell abgestellter, alimenterter Verwaltungsmann führt akribisch Buch über das vermeintlich vorbildliche Wirken des Bürgermeisters, woran wohl auch Merkel ihre helle Freude hätte. Nur bei den Kosten hapert es mit der „Offenheit“, die dürfen sich die Wertschöpfer – wie stets, wenn es um „Schutzsuchende“ geht – selbst denken.

Für seine „Verdienste“ haben ihn die Kandeler Bürger im vorangegangenen Jahr wiedergewählt – geliefert wie bestellt, könnte man boshaft sagen. Dafür erweist sich der große Wohltäter auf Kosten Dritter nun als zu feige, den Eltern der ermordeten Mia einen persönlichen Beileidsbesuch abzustatten; wie man las, fand er dazu noch keine Zeit. Oder fehlte ihm wie Merkel und ihrer Schleuserbande mit Regierungsauftrag nur der Mut?

Ob die Bürger von Kandel nach allem, was bis jetzt geschehen ist, auch für ein „Weiter so“ sind oder sich fragen, ob sie zumindest Mitverantwortung, wenn nicht gar Mitschuld an dem Tod des Mädchens Mia haben, bleibt abzuwarten.

Wie immer ist Sprache verräterisch – die der staatlichen Kuppler im Kampf gegen die Inzucht. Mit dabei natürlich wie gewöhnlich die Moralapostel der Kirche, hier dem Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg/Schlesische Oberlausitz.

Wo wir, unmodern wie wir sind und waren, noch tastend und irrend selbst Erfahrungen mit dem anderen Geschlecht sammeln mußten, helfen heute „Mutti Merkel“ und ihre Gebühren-Gouvernanten nach. Gouvernanten brachten oft auch unsere Angebeteten mit, nur nannten wir die begleitende Freundin Anstands-Wauwau. Das war bei anfänglichen Treffen die Regel, nicht die Ausnahme. Heute werden solche Treffen staatlich-kirchlich organisiert und das Tasten und Irren von vornherein ausgeschlossen. Nun geht es im Kampf gegen die Inzucht rustikal zur Sache:

„Alles klar, im BH?“²⁶ fragte der „Kindersender“ Kika der Gebühren-Gouvernanten im Dezember 2017 und lieferte gleich einen Online-Clip mit, worin „drei männliche Teenager den BH einer Schaufensterpuppe öffnen“. Davon war keiner Malte-Torben, sondern ein Neger und zwei Südländer. Offengestanden erinnere ich mich auch nicht daran, daß wir den Mädchen zu dritt an die Wäsche gegangen wären.

Wer aus unseren Jahrgängen erinnert sich in dem Zusammenhang nicht an Dr. Sommer aus der „Bravo“? Meine Schwestern bezogen sie regelmäßig und ich blätterte gern darin, um zu lästern. Das Thema Sex (vor allem der erste) war dort die Regel, wie Mädchen und Jungen BH's öffnen, kam eher selten vor. Und nun will uns die öffentlich-rechtliche Rundfunk-Gouvernante ernsthaft erzählen, im Umgang mit BH's geübte „Mädchen im Alter von zehn bis 13 Jahren“ brauchten darin „Hilfestellung“? Durch drei Jungs? Und sind Mädchen im genannten Alter nicht als Minderjährige tabu? Fragen über Fragen! „Unter Einbeziehung der Perspektive von Jungen“, und dann solchen „Jungen“, lügt der Sender weiter, „und spielerischen Ansätzen gehe es um die Botschaft, wie unterschiedlich Brüste sein könnten und das das normal sei.“²⁷ Wer hätte das gedacht, „wie unterschiedlich Brüste“ sein können (hängt die „Bild“ nicht mehr aus?! Wohl bemerkt: Brüste von „Mädchen im Alter von zehn bis 13 Jahren“!

Zurück zur „Bravo“ und den Lästereien. Ein Magazin faßte die dort üblichen Fragen wie folgt zusammen:

„In Sachen Liebe, Sex und Zärtlichkeit ließ sich das Team von der Bravo es sich nicht nehmen die Jugendlichen in all ihren Belangen beratend zur Seite zu stehen. Wir haben für euch zehn lustige Fragen rausgesucht, die von Kondom bis Orgasmus kaum unterschiedlicher sein könnten.“

Liebe, Sex, Zärtlichkeit, von Kondom bis Orgasmus. BH's bekamen damalige Mädchen wie Jungen noch selbst auf – wenn es darauf ankam, zu zweit. Drei lustige Fragen:

„Seit 2 Wochen habe ich einen festen Freund! Einmal saßen wir auf einer Parkbank und er küßte mich. Dabei legte er seine Hand auf meinen Schenkel und faßte mir schließlich zwischen die Beine. Also griff ich ihm zwischen die Beine und spürte dort einen flaschenähnlichen Gegenstand. Kann es sein, daß mein Freund heimlich trinkt?“

„Lieber Dr. Sommer, ich möchte bald zum ersten Mal mit meiner Freundin schlafen. Ein Kumpel hat mir gesagt, daß dabei das Jungfernhäutchen platzt. Nun habe ich Angst, daß meine Eltern durch den Knall wach werden und uns erwischen!“

„Ich bin sehr gespannt auf mein erstes Mal. Aber ich habe panische Angst vor einer ungewollten Schwangerschaft. Die Pille möchte ich noch nicht nehmen. Also bleibt das Kondom. Kann man nicht zwei oder drei Kondome übereinander ziehen, damit nichts danebengeht? Meine Freundin sagt jedoch, daß dann der Penis nicht mehr in die Scheide paßt. Stimmt das?“

Keine einzige der vielen Dr. Sommer gestellten Fragen beschäftigt sich mit dem Öffnen von BH's, vielmehr wertet die Frauenrechtsorganisation Terre de Femmes diesen Clip zu Recht als „völlig falsches Signal“ für die Zielgruppe, weil dadurch Jungen schon im Kindesalter ermutigt würden, Mädchen „buchstäblich an die Wäsche zu gehen“. Zudem sei die Wahl von Protagonisten mit offensichtlichem „Migrationshintergrund“ problematisch. Der Clip zur Förderung von

²⁶ Frauenrechtler empören sich über Kika-Aufklärungsvideo, Welt v. 27.01.2018

²⁷ Frauenrechtler empören sich über Kika-Aufklärungsvideo, Welt v. 27.01.2018

Schäubles „Lebensborn“ für unverheiratete Mütter im Kampf gegen die „Inzucht“ wurde aus dem Programm genommen. Einziger Unterschied zwischen den beiden Sozialismen: Bei den nationalen waren Mädchen im Alter von „zehn bis 13 Jahren“ noch tabu!

Kuppeln gegen „Inzucht“. Mia ist nicht der berühmt-berüchtigte Einzelfall, sondern die Kuppellei hat, wie zu sehen sein wird, System. Anfang Januar 2018, also kurz nach dem Mord an Mia aus Kandeln, sendet eine der Gebühren-Gouvernanten im „Kinderkanal“ (KiKA) eine Reportage über eine „Liebesgeschichte“ zwischen einer minderjährigen Deutschen und einem erwachsenen Syrer, der sein Alter zunächst mit 17 angegeben hatte, das aber später in nicht weniger fragliche 19 Jahre „korrigiert“ wurde. Wie „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt noch später berichtet, soll er sogar 20 Jahre zählen. Zufall?

Auch dieses Mädchen ist Opfer ali-mentierter Staats-Kuppler, hier der Fuldaer Arbeiterwohlfahrt. Die hatte eine „Tandem-Patenschaft von Ehrenamtlichen und Geflüchteten“ organisiert, wo Malwina den Mohammedaner kennenlernte. Der Fuldaer „Marktkorb“ wußte am 14. Januar 2018 zu berichten:

„Mit dem Projekt soll die soziale Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft erleichtert werden. ‚Der persönliche Kontakt kann viel bewirken und helfen, Vorurteile abzubauen.‘. ‚Es läuft allerdings viel über Sympathien ab‘, gibt sie zu bedenken. So versucht die 26-Jährige Möglichkeiten zu schaffen, damit sich potentielle Paten in lockerer Runde kennenlernen. Mit der Hochschule Fulda organisierte sie daher beispielsweise die Veranstaltung ‚Interkulturelle Begegnungen‘.“

Die hiesige Kritik richtet sich gegen die staatliche Kupplertätigkeit zulasten junger deutscher Mädchen, der auch diese „Reportage“ dienen sollte. Ihr ist jedoch zugute zu halten, nicht den üblichen Multikulti-Sermon abgesondert zu haben, sondern durchaus kritische Äußerungen veröffentlichte und nicht, wie üblich, der Zensur anheimfallen ließ. Über diesen Klartext beklagte sich am 13. Januar 2018 in einer Diskussionsrunde die sog. Medienpädagogin Maya Götz, „die den Effekt der Sendung auf Kinder untersucht hatte“ und „dem Sender ein verheerendes Zeugnis“ ausstellte:

„Statt die Gemeinsamkeiten zu unterstreichen und Integration zu fördern, würde mehr Ausländerfeindlichkeit bei den Kindern geschürt: ‚Diaa wird sehr negativ wahrgenommen. 70 Prozent der von uns befragten Mädchen würden ihn nicht zum Freund haben wollen. 80 Prozent meinen, er möchte ihr seine Kultur aufzwingen.‘“²⁸

Negativ wahrgenommen wird in aller Regel nur derjenige, der negativ auftritt, also ist nicht das Filmteam Schuld an der negativen Wahrnehmung, sondern der schon unter falschem Namen und Alter aufgetretene Mohammed. So äußerte sich die Freundin Malwina zu dessen „Forderungskatalog“ und nicht vorhandene „Gemeinsamkeiten“ wie folgt:

„Ich habe das Problem mit ihm, daß ich oft in eine Richtung gelenkt werde, in die ich gar nicht kommen möchte. Ich kann oder darf keine kurzen Sachen anziehen, immer nur lange Sachen, das heißt, Kleider dürfen nur bis zum Knie gehen und das war´s und nicht kürzer.“

Das „fordert“ („darf nicht“) ein ungeladener, ali-mentierter Gast im ihm Aufnahme gewährenden Land von einer Einheimischen! Mehr zur „Wahrnehmung“ des „Gastes“:

²⁸ **Like für Reise nach Mekka mit Haßpredigern!**, Krone (AT) v. 13.01.2018

„Ich kann so etwas nicht akzeptieren, daß meine Frau so aussieht. Das ist total schwierig für arabische Männer. Sie gehört mir und ich gehöre ihr. So ist die Regel bei mir.“

„So ist die Regel bei mir“! Als „Gast“! Und als solcher „fordert“ er die neue Freundin auf, Kopftuch zu tragen und fragt, ob sie, die Christin, sich vorstellen könne, Mohammedanerin zu werden. Malvina weiter:

„Er kam, und sagte, daß Schweinefleisch nicht so gut wäre. Ich habe dann auch aufgehört, Schweinefleisch zu essen.“

Er erklärt das so:

„Ich bin in einer islamisch-arabischen Kultur aufgewachsen. Ich glaube an meine Kultur und meine Religion. Die Religion gibt dir Regeln. Ohne diese Religion hast du keine Regeln und ohne Regeln hast du kein Leben.“

Daß sein „Eigentum“ („Sie gehört mir...“) in ihrer eigenen Kultur aufgewachsen ist, an die es sicherlich auch „glaubt“, interessiert ihn offenbar nicht die Bohne.

Und er unterstellt dem gastgebenden Aufnahmeland, keine Regeln und kein Leben zu haben. Was will er in dem Land dann? Mehr noch machte er klar – wofür sogar sein prekäres Deutsch noch reichte –, seine Kultur und Religion für alternativlos zu halten. Ein klarer Hinweis darauf, daß sein Aufenthalt in Deutschland nichts mit Flucht zu tun hat. Es gab ersichtlich keine „Gemeinsamkeiten“, sondern Gegensätze und den unmißverständlichen Forderungskatalog eines Ausländers, der auf einem fremden Hohheitsgebiet, in einem fremden Rechtskreis, die Zustände durchdrücken will, vor denen er angeblich geflüchtet ist. Auch schürte er bei den zuschauenden Kindern keine Ausländerfeindlichkeit – das ist eine plumpe Verdrehung der tatsächlichen Situation. Mit dem Vorschlaghammer Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit kann man offenkundig gut auf diejenigen einprügeln, denen man eine Kollektivschuld einreden will. Deutsche sind in ihrem Land weder Ausländer noch Fremde, ergo ist Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit schlicht das:

„Fremdenfeindlichkeit ist, wenn sich Fremde im Gastland feindlich benehmen.“

Feindlich verhalten sich Fremde wenn diese, wie Malvina einräumte, bei ihrem Gegenüber ein „mulmiges Gefühl“ auslösen und sie sich fragen, ob das lediglich „gerade der Anfang“ sei. So lieferte KiKa nicht, wie ein Merkelscher Parteigenosse meinte, „leichtfertig Munition“ (die lieferte nämlich Mohammed), sondern, was seine Aufgabe ist, Information. Denn der Fremde hat seine besonderen Pflichten als tolerierter (ertragener) Gast verletzt und mit Füßen getreten!

Die deutsche Sprache verfügt über viele Worte, die Gemeinsamkeiten und Gegensätze, die Adjektive „eigen“ und „fremd“ ausdrücken und damit zur Wahrnehmung beitragen: Eigenart, Eigenschaft, Eigensinn, Eigenkapital, Eigenheim, eigenständig und etliche mehr. Auch mit dem Adjektiv „fremd“ werden viele deutsche Worte gebildet, eher negative wie Fremdbestimmung, Fremdherrschaft, Fremdkörper, Fremdtümelei oder fremdeln. Andererseits vertraute, sachbezogene Ausdrücke wie Fremdenführer, Fremdenverkehr, Fremdwörter, Fremdsprache. Unsere Sprache widerspiegelt also deutlich den Unterschied zwischen dem Eigenen und dem Fremden.

Auch der Querdenker Karl Valentin hatte eine klare Vorstellung von „Fremden“: „Fremd ist der Fremde nur in der Fremde.“ Und fragt: „Was sind jetzt Fremde unter Fremden?“ Und gab die Antwort: „Wenn Fremde über eine Brücke gehen, unter der gerade ein Eisenbahnzug mit Fremden durchfährt, dann sind Fremde unter Fremden.“

Malvina verzichtet nun auf ihre Eigenart, kurze Kleider zu tragen oder Schweinfleisch zu essen, weil sie fremdbestimmt wird. Möchte sie Freunde umarmen oder nur mit anderen Männern sprechen, sorgt das für Streit. Mohammed sähe es lieber, wenn Malvina Kopftuch trüge und zum Mohammedanertum konvertierte, ihn bald heiratete (Malvina: „Daraus wird nichts.“), denn dann „gehöre“ sie nur ihm. Ihre Gegensätze manifestieren sich öffentlich: „Überhaupt streiten beide oft, wie man erfährt.“ Da Malvina sich der Fremdbestimmung längst gebeugt hat, vulgo: „meist nachgebe“, sei alles gut. Auch ihren Eltern ist anzumerken, daß sie sich in einer Zwickmühle befinden. Wo also sollen die „Gemeinsamkeiten“ sein? Die „Medienpädagogin“ Götz will lediglich vertuschen, ganz im Namen ihres profitablen Götzen Integration. Denn wo es statt Gemeinsamkeiten nur Gegensätze gibt, sind nur Trennung oder Unterwerfung mögliche Alternativen.

Wer meint, damit sei das Ende der irrationalen Fahnenstange erreicht, der irrt gewaltig, unterschätzt die Inter-Nationalsozialisten maßlos. Am 28. November 2013 befaßte sich eine Sendung der Gebühren-Gouvernante 3sat („nano spezial“) mit Kinderlosigkeit in Deutschland, demographischem Wandel und künstlicher Befruchtung. Zu Wort kam eine der „Expertinnen“ („Politikwissenschaftlerin“), Susanne Schultz vom „Genetischen Netzwerk e. V.“, angesichts deren „Standpunkts“ man feststellen mußte, daß auch die Intelligenz, jedenfalls nach unten, grenzenlos ist, mit der man in öffentlich-rechtlichen Medien noch als „Wissenschaftler“ schwätzen darf.

Besagte „Wissenschaftlerin“ warf der deutschen Gesellschaft ernsthaft „Rassismus“ vor, weil deutsche Paare im Rahmen künstlicher Befruchtungen nur eigene Kinder haben wollen und das auch noch vom Staat finanziert werden könnte (daß das aus unerfindlichen Gründen auch für Ausländer gilt, wird wohlweislich unter den Teppich gekehrt). Diese „Expertin“ sah darin, daß deutsche Eltern ihre eigenen, keine Ausländerkinder bzw. ausländische Waisen haben wollen und deren Weigerung, für solche die Grenzen zu öffnen, ernsthaft eine „rassistische Konstellation“!

Dabei übersah sie geflissentlich, daß es in der Reproduktionsmedizin schlichtweg darum geht, ungewollt kinderlosen Paaren mit den Mitteln der modernen Medizin zu helfen – das ist auch schon alles. Diese Möglichkeit steht sowohl „bio“-deutschen wie ausländischen Paaren offen und hat, im Gegensatz zur von ihr geforderten Grenzöffnung für ausländische Geburtenüberschüsse, mit Politik überhaupt nichts, mit Heilkunde dagegen sehr viel zu tun.

Jedes Paar auf der Welt, so es Kinder möchte und bekommen kann, will seine *eigenen* Kinder. Sie leben innerhalb einer größeren Gemeinschaft (dem Staatsvolk) mit gleichen Merkmalen: Mentalität. Tugenden. Interessen. Homogenität ist immer Voraussetzung für den Zusammenhalt des Großen und Ganzen, das Gegenteil läßt sich in Afrika beobachten.

Die „Wissenschaftlerin“ sieht das anders und winkt mit dem ideologischen Zaunpfahl („kollektives Leben“, einschließlich der Wahnvorstellung von einer „Rückkehr“ zu einer „alten Bevölkerungspolitik, die wir ganz lange in Deutschland nicht haben wollten“), meint mit Merkel „Wir“ hätten zu tun, was sie wollen:

„Da bin ich sehr skeptisch, weil ich denke, das ist eine Rückkehr zu einer alten Bevölkerungspolitik, die wir ganz lange in Deutschland nicht haben wollten, aufgrund der Geschichte des Nationalsozialismus, wo es auch darum geht bestimmte Kinder haben zu wollen und andere nicht.“

Ich würde aber fragen, ob es auf Teufel komm raus, das eigene biologische Kind sein muß, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt, mit Kindern zusammen zu leben und ob diese Gesellschaft nicht eher ein Problem hat mit einer extremen Individualisierung, die eben dazu führt,

daß sozusagen die einzige Lösung ein kollektives Leben zu führen, das eigene biologische Kind ist...

Ich denke, die Reproduktionsmedizin ist eine Medizin, die gerade jetzt zur Zeit in der Demographiedebatte sehr stark in Kontext gestellt wird mit einer Steigerung der deutschen Geburtenrate und wenn das jetzt steuerfinanziert werden soll, dann ist es, finde ich, ein großes Problem, daß da behauptet wird wir wollen gerade die deutschen Kinder, wir wollen keine Migration, wir wollen keine Öffnung der Grenzen und wir wollen international weiter eine Senkung des Bevölkerungswachstums. Und das ist, finde ich, eine rassistische Konstellation weiterhin.“

Sozialisten lieben die Formulierung „ich denke“ geradezu abgöttisch, es ist ein „dialektischer“ Trick (tatsächlich ein Täuschungsmanöver, vgl. oben, S. 53 f., Marx), auf den schon mein Vater und Lehrer stets zu entgegnen pflegte: „Das Denken überlaß den Pferden, die haben einen größeren Kopf.“ Sozialist meint ja nicht, hat keinen eigenen Standpunkt, sondern „denkt“, denn die beschriebene ist schon eine sehr deutschenfeindliche Konstellation, aus der man sich bei Bedarf „dialektisch“ winden kann, sollten „die Deutschen“ ihren „rassistischen“ Wunsch nach eigenen Kindern verteidigen statt ihn gegen eine entsprechende „Willkommenskultur“ eintauschen zu wollen.

Daß jeder Mensch eigene Kinder haben will, hat sehr viel mit Biologie (Weitergabe der eigenen Gene) zu tun, nichts dagegen mit irgendwelchen, etwa noch im Nationalsozialismus zu verortenden Haltungen, die dieser „Expertin“ aufgrund ihrer „biologistischen“ und somit pseudowissenschaftlichen Deutungsansätze unter umgekehrten Verhältnissen allerdings sehr viel näher sein dürften, als sie selbst zuzugeben bereit wäre.

Im Übrigen übersieht die „Expertin“, daß es sich keineswegs um eine „Rückkehr zu einer alten Bevölkerungspolitik, die wir ganz lange in Deutschland nicht haben wollten“ (wann soll das gewesen sein?) handelt, sondern im wesentlichen um den Verbleib bei einer schon immer gepflegten Vorgehensweise der Reproduktion und Reproduktionsmedizin, nur mit dem Unterschied, daß unter gewissen Voraussetzungen sogar chinesische, sudanesishe oder türkische Paare sie vom deutschen Steuer-Michel – warum auch immer – finanziert bekommen.

Auch die dahinter stehende ideologische Denke ist aufschlußreich. Ausländerkinder, im Gegensatz zu deutschen aus „unrassistischen Motiven“ gezeugt, sollen nun zusätzlich zu den sonst einfallenden „Bereicherern“ kinderlosen Deutschen als Waisen untergejubelt werden – sehen die das anders, sind sie Rassisten. Selbst vom deutschen Adoptionswesen ist die „Expertin“ völlig unbeleckt. Nach der Beratung werden die Kandidaten finanziell durchleuchtet. Alle mit Adoptionen befaßten deutschen Behörden raten von der Adoption von Mohammedanerabkommen generell ab, egal welchen Alters; oder vermitteln sie, so der Elterntest bestanden wurde, gar nicht erst. Die Beratungen sind gnadenlos ehrlich: Dort hört man unverblümt, daß man sich mit einer solchen Adoption ganz üble Fälle einfangen kann, die auch mit viel Liebe und bester Erziehung nicht hinzubekommen sind.

Ihre Fortsetzung erfuhr diese Indoktrination im Mai 2017 auf dem Evangelischen Kirchentag bekanntlich mit „vier deutschen Eltern“, „braunem Wind“ und „Arierparagrafen“, durch die weinseelige Margot Käßmann „unter tosendem Beifall“.

Als im Dezember der Mord an der 15-jährigen Mia Valentin aus Kandel seine Runde durch die Republik machte, fielen äußerst perfide Spielarten auf, um, notfalls unter Einschluß von Mordopfern, zwecks genetischer Mischung (Schäuble), junge deutsche Mädchen mit den Invasoren zu verkuppeln. Die einschlägigen Vorschriften zur Kuppelei (§§ 180 f. StGB a. F.) hatte das Maas-

Männchen (SPD) sinnigerweise rechtzeitig genug noch im Juni 2017 als „alten Zopf“ ersatzlos abschneiden lassen. Um es noch einmal kurz und knapp zu verdeutlichen: Zu dieser Zeit waren Silvester 2015/16 und das folgende ebenso gelaufen wie der Mord an Maria Ladenburger (16.10.2016) – und dennoch!

In Pinneberg sorgte ein Fall für Unmut in den sozialen Netzwerken, weil ein syrischer „Flüchtling“ seine Zweitfrau nach Deutschland holen durfte. Die Begründung der zuständigen Behörde: damit das „Wohl der Kinder“ nicht beeinträchtigt werde. Ihn, seine zwei Frauen und sechs Kinder (das siebte ist unterwegs), die in einem großen Haus leben, hatte ein Kamerateam von „Spiegel-TV“ besucht. Der „Flüchtling“ schwärmte aus nachvollziehbaren Gründen von Deutschland und „Mama Merkel“, schließlich leben sie auf Kosten der deutschen Steuerzahler. Arbeiten will er nicht, sich stattdessen – zwei Ehefrauen hin, zwei Ehefrauen her – um seine Kinder kümmern, schließlich kommt das Geld auch ohne Arbeit aus dem Geldautomaten. Wieviel, das mag er nicht verraten, aus einem vergleichbaren Fall sind aber monatlich 7.300,00 Euro ²⁹ bekannt. Obendrein möchte der Analphabet und Pascha Ahmad das Harem und die Kinderschar erweitern. Er könne sich vorstellen, vier Ehefrauen und bis zu 20 Kinder zu haben. Die Beutegesellschaft bleicht schließlich. Braucht es noch eine weitere Bestätigung zur Einwanderung in die Sozialsysteme? Und ab 2018 kommt jedes Jahr eine Großstadt dieses Kalibers dazu.

Kurz zurück zum Film: „Vor rund zwei Jahren flohen sie vor dem Krieg in ihrer Heimat, kamen über die Türkei und Griechenland hierher“, sagt eine Stimme aus dem Off. Wie das, fragt man sich unvermittelt. Bekanntlich liegen zwischen Griechenland und Deutschland mindestens vier weitere Länder der EU, sog. sichere Drittstaaten. Zwischenzeitlich scheint es selbstverständlich zu sein, nach Deutschland einzufallen, als hätte es ein Dublin-Abkommen nie gegeben.

Was seit September 2015 im Rahmen der Invasion in Deutschland geschieht, geht allerdings um Lichtjahre über das hinaus, was der gemeine Deutsche bislang unter Sozialstaat verstand und zu akzeptieren bereit war. Wie kann es sein, daß bei Ausländern in unserem Land Pädophilie akzeptiert und ali-mentiert wird, derweil jeder Deutsche dafür vor dem Kadi landet? Wie kann es weiter sein, daß in unserem Land unter dem Deckmantel der „Familienzusammenführung“ Bigamie (§ 172 StGB) gefördert und ali-mentiert wird? Wie kann es weiter sein, daß der gemeine Deutsche, der sich mit einer Frau (und die tunlichst in der Produktion) zu begnügen hat, wöchentlich 40, 50 oder gar 60 Stunden arbeiten muß, sich daneben dumm und dämlich an Steuern zahlt und man ihm dann nebenher erklärt, „daß Geld nicht alles ist“ und das abgepreßte Geld dazu verwendet, eine „Familie“ zu ali-mentieren, wo der Mann auch noch da stolz darauf ist eine 13-Jährige geschwängert zu haben und die jetzt als seine Zweitfrau im ihnen fremden Deutschland lebt?

Bei den anvisierten zwanzig Kindern und vier Frauen erreicht Ahmads Sozialhilfe das Einkommenniveau eines Bundestagsabgeordneten. Und die verdienen bekanntlich nicht schlecht.

Wie kann es sein, daß sauer verdiente deutsche Steuergelder dazu verwendet werden, einer ausländischen „Familie“ ein Haus zu bezahlen? Einem Analphabeten, der „keine Zeit hat“ Deutsch zu lernen, geschweige denn Lesen und Schreiben („fördern und fordern“)? Der „keine Zeit“ hat, in Deutschland, das ihm gnadenweise Unterschlupf gewährte, arbeiten zu gehen, da er weiterhin damit beschäftigt ist, sich eine Dritt- und eine Viertfrau zuzulegen und 20 Kinder plant: „Ahmad könnte somit einen Deutschkurs besuchen oder arbeiten. Er will aber lieber bei den Kindern bleiben.“ Dabei wurde gezeigt, wie Ahmad fröhlich mit seinen Kindern spielt.

²⁹ Landkreis Leipzig, „Bescheid über die Gewährung von laufenden Leistungen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in der ab 01.03.2015 gültigen Fassung“ v. 01.03.2017

Woher nimmt dieser ungebetene Gast überhaupt die Chuzpe zu meinen, daß dafür deutsche Steuerzahler aufzukommen hätten? Nun, weil er wie die „Eliten“ die Aufnahmegesellschaft als Beutegesellschaft betrachten. Jeder normal tickende, zivilisierte Mensch weiß, wo seine materiellen Grenzen sind.

Wie kann es sein, daß deutsche Kinder, deutsche Rentner zur Tafel gehen müssen, um etwas zu essen zu bekommen? Wie kann es sein, daß inzwischen jeder zweite Deutsche einen Zweitjob annehmen muß (und sich keine Kinder leisten kann), damit dessen Steuergeld auch wieder dafür verwendet wird, solche Invasoren zu alimentieren (die offenkundig ganz selbstverständlich davon ausgehen, trotz befristetem Aufenthalt dauerhaft in Deutschland zu bleiben)?

Ein gutes Schlußwort des Syrers mit Nehmerqualitäten, das hoffentlich in die Filmgeschichte eingehen wird:

„Ich bedanke mich sehr bei Mama Merkel... Auch den Deutschen danke ich, auch wenn es unter ihnen Rassisten gibt...“.

Wieso erklären Schäuble und Konsorten nicht solchen Schätzchen, „daß Geld nicht alles ist“, sondern dem ohnehin der Dezimierung anheimgegebenen Souverän, der es erarbeitet?

©Uwe Gattermann 2018 ff.

Bankaccount / Bankverbindung

Krung Thai Bank Ltd., Posee Road, A. Seka, 38150 J. Buengkhan
Account / Konto: **430-0-16175-5** S.W.I.F.T.-Code KRTHTHBK

Telefonische Auskünfte werden unverbindlich erteilt.